

Brandschutzkonzept-Revision A



Bauvorhaben:	Brandschutzsanierung und Fluchtwegbypass im OG Hagmannarten 5 / Gathergang 1 45259 Essen
Gebäudeklasse:	GK 4
Sonderbau:	„kleiner“ Sonderbau gemäß § 50 Abs. 1 BauO NRW
Nutzung:	Bücherei, Musikschule, Seniorentreff (AWO), Standesamt, Büros
Bauherr:	Stadt Essen - Der Oberbürgermeister Lindenallee 59-67 45127 Essen
Entwurfsverfasser:	Stadt Essen - Der Oberbürgermeister Immobilienwirtschaft Stadt Essen Frau Dipl.-Ing. Architektin <small>AKNW</small> Insaf Bozkurt Lindenallee 59-67 45127 Essen
Fachplanung:	INGENIEURBÜRO FÜR BRANDSCHUTZ & BARRIEREFREIHEIT Architektin <small>(AKNW)</small> Dipl.-Ing. A. Stenzel-Twinbear Fachingenieurin (IngKH) für Brandschutz Fachingenieurin (IngKH) für barrierefreies Planen und Bauen Nachweisberechtigte für vorbeugenden Brandschutz (AKH) Lange Str. 58 44137 Dortmund Wielandstr. 10 65187 Wiesbaden mail@brandschutz-ingenieurwesen.de www.brandschutz-ingenieurwesen.de
Datum:	28. November 2025



Inhalt

Allgemeine Angaben.....	4
Anlass und Aufgabenstellung.....	4
Grundlagen.....	4
Bestandsschutz	6
Brandschutztechnische Einstufung	7
Gefährdungsbeurteilung.....	8
1. Zu- u. Durchfahrten, Aufstell- und Bewegungsflächen.....	11
2. Löschwassermenge und –versorgung / Lage der Hydranten	12
3. Löschwasser-Rückhalteanlagen	12
4. System der äußeren und inneren Abschottung	13
4.1 Tragende Wände, Stützen	13
4.2 Außenwände, Außenwandteile (Brüstungen/ Schürzen), Außenwandoberflächen und - bekleidungen.....	13
4.3 Trennwände	14
4.4 Brandwände.....	14
4.5 Decken	15
4.6 Dachtragwerk und Bedachungen, Solaranlagen	15
4.7 Systemböden	15
4.8 Installationsschächte	16
4.9 Fugen in raumabschließenden Bauteilen	16
5. Rettungswege	17
5.1 Bemessung der Personenzahlen und Zuordnung zu den Rettungswegen	17
5.2 Notwendige Treppen.....	20
5.3 notwendiger Treppenraum	21
5.4 Notwendiger Flure	25
5.5 Fenster, die als Rettungsweg dienen	27
5.6 Brandschutztüren und Türen im Verlauf von Flucht- und Rettungswegen.....	28
5.7 Kennzeichnung der Rettungswege und Bedienstellen sicherheitstechnischer Anlagen und Einrichtungen	29
5.8 Rettungs- und Verkehrswege im Außenbereich.....	29
6. höchstzulässige Zahl der Nutzer/ Nutzungsbeschränkung.....	30
7. Haustechnische Anlagen	30
7.1 Allgemeine Anforderungen	30
7.2 Aufzüge/ Feuerwehraufzug.....	30
7.3 Leitungsanlagen.....	30



7.4	Feuerstätten, Abgasanlagen, Brennstofflagerung	32
7.5	Aufbewahrung fester Abfallstoffe	33
7.6	Blitz- und Überspannungsschutzanlage	33
7.7	Sicherheitsbeleuchtung	33
7.8	Wiederkehrende Prüfungen	34
8.	Lüftungsanlagen.....	34
9.	Einrichtungen zum Rauch- und Wärmeabzug	34
10.	Alarmierungseinrichtungen und Alarmierungsanlagen.....	34
11.	Einrichtungen und Geräte zur Brandbekämpfung	35
12.	Sicherheitsstromversorgung, Funktionserhalt von sicherheitsrelevanten Anlagen und Einrichtungen	36
13.	Lage und Anordnung von Brandmeldeanlagen (BMA)	36
14.	Grundzüge der funktionalen steuerungstechnischen Zusammenhänge	36
15.	Feuerwehrpläne	36
16.	Betriebliche Maßnahmen zur Brandverhütung und Brandbekämpfung	37
16.1	Freihaltung der Rettungswege	37
16.2	Brandschutzordnung	37
16.3	Brandschutzbeauftragter	37
16.4	Brandschutzunterweisung	38
16.5	Flucht- und Rettungsplan	38
17.	Verfahren nach Methoden des Brandschutzingenieurwesens.....	38
18.	Abweichungen und ausgleichende Maßnahmen	39
	Brandschutzmaßnahmen während der Bauausführung.....	43
	Schlussbemerkungen	43
	Unterschriften	44

Anlagen

- Brandschutzpläne (LP, UG, EG, 1.OG, 1.DG – insgesamt 5 Pläne)
- BASS, Anlage Grundsätze für die Aufstellung von Raumprogrammen für allgemeinbildende Schulen und Förderschulen
- Löschwasserauskunft vom 24.03.2021



Allgemeine Angaben

Anlass und Aufgabenstellung

Das ehemalige „Rathaus Heisingen“ wurde 1910-1911 erbaut und seit Errichtung mehrfach in seiner Nutzung geändert und umgebaut.

Das Gebäude wird heute als Bürgerhaus (Bibliothek, Seniorentreff, Standesamt, Partei-Büro, Veranstaltungsraum <200 Besucher, Archiv) und von der Musikschule verwendet. Im Dachgeschoss sind 2 Wohneinheiten vorhanden, deren Fläche zukünftig von der Musikschule genutzt werden soll. Gegenstand des Bauantrages ist die Legalisierung von Nutzungsänderungen im Bestand und von baulichen Änderungen, insbesondere im Dachgeschoss.

Das Brandschutzkonzept vom 20. Oktober 2021 wird überarbeitet um die Stellungnahme der Feuerwehr Essen vom 29.11.2022 einzuarbeiten. Alle Punkte – mit Ausnahme der Forderung nach einer Gefahrenwarn- und Alarmierungsanlage wurden übernommen. Bei einem Ortstermin, der am 10. Juli 2025 stattfand, wurde festgelegt, dass auf die Gefahrenwarn- und Alarmierungsanlage verzichtet werden darf, wenn der 2. Rettungsweg aus dem Versammlungsraum *Trauzimmer/ Veranstaltungsraum Musikschule* (1.OG) nicht über die Geräte der Feuerwehr führt, sondern mittels einem „By-Pass“ ein 2. baulicher Flucht- und Rettungsweg über die Räume der Musikschule zum Treppenraum T2 hergestellt wird.

Das Brandschutzkonzept stellt die für den Brandschutz erforderlichen Maßnahmen als zielorientierte Gesamtbewertung des abwehrenden, baulichen und organisatorischen Brandschutzes auf der Grundlage des Bauordnungsrechts dar. Es verfolgt im Wesentlichen die Sicherstellung der 4 Schutzziele des § 14 BauO NRW:

- Vorbeugung der Brandentstehung
- Begrenzung der Brandausbreitung
- Schaffung von Rettungsmöglichkeiten für Menschen und Tieren
- Ermöglichung wirksamer Löscharbeiten

Grundlagen

Das Brandschutzkonzept beruht auf folgenden, zur Verfügung gestellten Planunterlagen:

- PDF-Grundriss KG, Stand: 29.9.2025, M 1: 100
- PDF-Grundriss EG, Stand: 29.9.2025, M 1: 100
- PDF-Grundriss 1.OG, Stand: 29.9.2025, M 1: 100
- PDF-Grundriss 1.DG, Stand: 29.9.2025, M 1: 100
- DWG-Ansichten vom 20.03.2025
- PDF-Schnitt A-A, Stand: 29.9.2025, M 1: 100
- Stellungnahme der Feuerwehr Essen vom 29. November 2022
- Katasterauszug E_WOS_232491_1_alkis_daten_0001 vom 15.11.2024

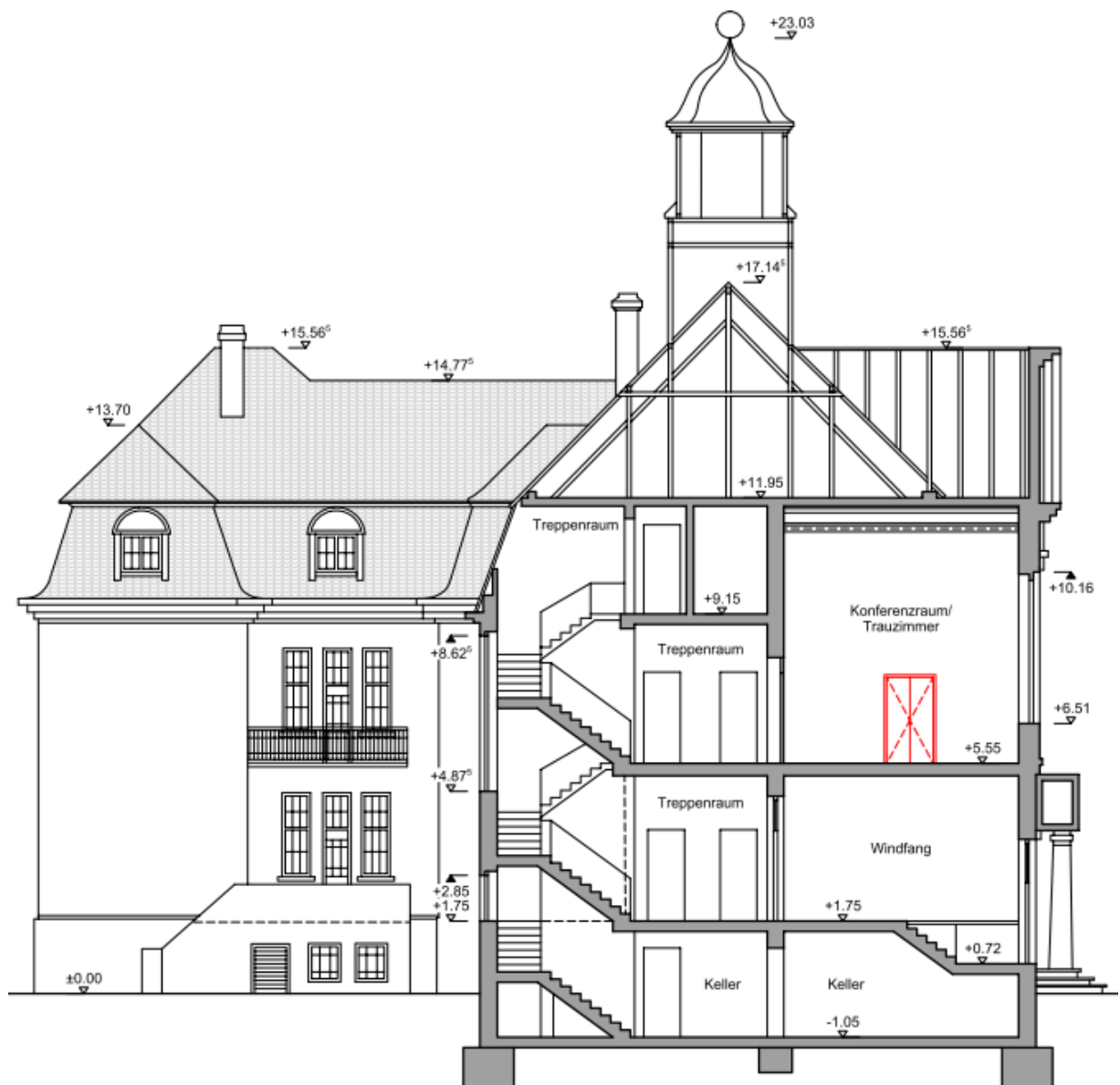


Abbildung 1: Schnitt A-A, Stand: 29.09.2025

Folgende Baugenehmigungen liegen vor:

- Gebäudeteil „Hagmanngarten 5“: AZ 63-22-04304/88 vom 24.10.1988
(Einbau von 2 Wohneinheiten im DG und vorübergehende Unterbringung des Kulturwissenschaftlichen Instituts)
- Gebäudeteil „Gatheringang 1“: AZ 63-22-07123/89 vom 16.05.1990
(Einbau von 3 Wohneinheiten im DG für Mitarbeiter des Kulturwissenschaftlichen Instituts NW)

Als Rechtsgrundlage zur Beurteilung der baulichen Anlage wurden insbesondere herangezogen:

1. Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung 2018 – BauO NRW 2018), geändert durch Gesetz vom 31. Oktober 2023 (GV. NRW. S. 1172), in Kraft getreten am 1. Januar 2024
2. Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen-Landesbauordnung -(BauO NW) vom 26. Juni 1984 (GV.NRW 1984, Nr. 36, S. 419 bis 442)
3. MVV TB, Ausgabe 2025/1 (MBI. NRW 2021, Nr. 18 vom 15.06.2021, Seite 444)
4. Anlagen zur Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen NRW (VV TB NRW) Ausgabe März 2025, Landesrechtliche Verweise und Anpassungen gegenüber der Muster-Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen für das Land Nordrhein-Westfalen, hier insbesondere
 - Ziffer A 2.2.1.1 VV TB NRW „Muster-Richtlinien über Flächen für die Feuerwehr“, Fassung Februar 2007, zuletzt geändert durch Beschluss der Fachkommission Bauaufsicht vom Oktober 2009
 - Ziffer A 2.2.1.8 VV TB NRW „Muster-Richtlinie über brandschutztechnische Anforderungen an Leitungsanlagen (Muster-Leitungsanlagen-Richtlinie MLAR), Fassung 10.2.2015, zuletzt geändert durch Beschluss der Fachkommission Bauaufsicht vom 03.09.2020
5. Feuerungsverordnung (FeuVO NRW) vom 10. Dezember 2018 (GV.NRW. 2018, Nr. 30, S. 669 bis 682; GV.NRW.2018 S. 675/ Fn1); In Kraft getreten am 1. Januar 2019

Bestandsschutz

Das Anerkennen des Bestandsschutzes für bestehende Anlagen in brandschutztechnischer Hinsicht ist gemäß § 59 der BauO NRW Aufgabe der Genehmigungsbehörde. Sofern im nachfolgenden Text Bestandsschutz beansprucht wird, stellt dies eine Empfehlung in brandschutztechnischer Hinsicht dar, wobei nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand davon ausgegangen wird, dass der betreffende Sachverhalt tatsächlich Bestandsschutz genießt, bzw. dass es sich um eine rechtmäßig bestehende bauliche Anlage handelt.

Das Gebäude steht vollständig unter Denkmalschutz.

Brandschutztechnische Einstufung

Die Beurteilung des Gebäudes erfolgt auf der Grundlage der „Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen:2018/2023“.

Die Deckenoberkante des untersten Geschosses ragt 1,75 m über die Geländeoberfläche hinaus (siehe Abb. 1/ Schnitt A-A).

Das tiefst gelegene Geschoss (UG) ist ein oberirdisches Geschoss.

Aufenthaltsräume befinden sich im Unter-, Erd-, Ober- und 1. Dachgeschoss.

Über dem 1. Dachgeschoss befindet sich ein 2. Dachgeschoss und ein Glockenturm.

Augenscheinlich ist im 2. Dachgeschoss das Einrichten von Aufenthaltsräumen möglich – jedoch insbesondere wegen fehlender Rettungswege nicht zulässig. Im Turm ist das Einrichten von Aufenthaltsräumen nach objektiver Beurteilung nicht möglich.

Die Bauaufsichtsbehörde wird gebeten, die Nutzung zu Aufenthaltszwecken im 2. Dachgeschoss und im Turm zu untersagen (§ 82 Abs. 1 BauO NRW).

Die Höhe (im Sinne des § 2 Abs. 3 BauO NRW) beträgt in beiden Dachgeschossen mehr als 7 m jedoch nicht mehr als 13 m (siehe Abb. 1). Die Nutzungseinheiten umfassen jeweils eine Fläche von nicht mehr als 400 qm in einem Geschoss. Die Einstufung erfolgt in die

Gebäudeklasse 4

(ehemals: Gebäude mittlerer Höhe)

Der Veranstaltungsraum im 1.OG verfügt über eine Fläche von 51,18 m². Bei einer Bemessung mit 2-3 Besuchern pro m² halten sich hier nicht mehr als 200 Besucher auf. Es handelt sich um einen Versammlungsraum, der nicht in den Anwendungsbereich der Sonderbauverordnung Teil 1 fällt (§ 1 Abs. 1 SBauVO NRW). Weitere Versammlungsräume sind in dem Gebäude nicht vorhanden.

Aufenthaltsräume im EG, 1.OG und Dachgeschoss werden von der Musikschule genutzt. Musikschulen fallen nicht in den Anwendungsbereich der SchulbauR (siehe Erläuterungen SchulbauR:2020).

Der Seniorentreff im EG, die Bücherei, das Standesamt und die Büros sind Sondernutzungen ohne eigene bauordnungsrechtliche Regelungen. Die Beurteilung erfolgt auf der Grundlage der BauO NRW unter Berücksichtigung der Sondernutzungen.

Es handelt es sich um einen

kleinen **Sonderbau**

nach § 50 Abs. 1 BauO NRW:2018.



Gefährdungsbeurteilung

Bei den Nutzern handelt es sich um Büronutzer, Kinder, Jugendliche, Senioren, Beschäftigte und Besucher des Bürgerhauses und der Musikschule. Die Schüler der Musikschule und Besucher des Bürgerhauses halten sich nur temporär im Gebäude auf und kennen sich in der Regel weniger gut im Gebäude aus.

Das Gebäude besteht aus den aneinandergereihten Gebäuden „Hagemanngarten 5“ und „Gathergang 1“, die im Bestand über innere Verbindungen in den Geschossen UG, EG und 1.OG verfügen. Über diese inneren Verbindungen sind für zahlreiche Aufenthaltsräume beide notwendigen Treppenräume zu erreichen. Bei einzelnen Räumen und Nutzungseinheiten führt jedoch ein Rettungsweg über die Geräte der Feuerwehr. Im 1. Dachgeschoss führt im Bestand aus allen Aufenthaltsräumen ein Rettungsweg über die Geräte der Feuerwehr.

Aufgrund dieser besonderen Erschließungssituation, sowie der Anwesenheit zahlreicher Kinder und Senioren kommt dem organisatorischen Brandschutz sowie der Kennzeichnung der Flucht- und Rettungswege eine besondere Bedeutung zu.

Ziel der geplanten Baumaßnahmen ist es, im 1. Dachgeschoss eine Verbindung zwischen den notwendigen Treppenräumen derart zu schaffen, dass im 1. DG beide Rettungswege aus allen Aufenthaltsräumen baulich hergestellt sind. Hierdurch wird die Gesamtzahl der Personen, deren 2. Rettungsweg über die Geräte der Feuerwehr führt, reduzieren. Die Anleiterstellen im Erd- und 1.Obergeschoss bleiben weitestgehend unverändert. Im 1.OG wird über einen „By-Pass“ ein 2. baulicher Rettungsweg aus dem Versammlungsraum *Trauzimmer/ Veranstaltungsraum Musikschule* zum Treppenraum T2 hergestellt. Im Untergeschoss stehen den Nutzungseinheiten mit Aufenthaltsräumen jeweils zwei bauliche Rettungswege zur Verfügung. Der Lagerraum am Treppenraum T2 (28,55 m²) ist als Aufenthaltsraum geeignet. Er verfügt über entgegen gesetzt liegende bauliche Rettungswege.

Das Gebäude ist öffentlich zugänglich. Ebenerdige Zugänge oder eine Aufzugsanlage sind nicht vorhanden. Senioren, die in der Lage sind Treppen zu nutzen, halten sich im Erdgeschoss auf. Der Seniorentreff verfügt über entgegengesetzt verlaufende, bauliche Rettungswege.

Für eine schnelle, sichere Orientierung werden die Flucht- und Rettungswege mit hinterleuchteten Rettungswegzeichen gekennzeichnet.

Die während der Betriebszeiten ständig anwesenden, und durch Brandschutzunterweisungen geschulten Beschäftigten, werden im Notfall die Räumung und Evakuierung unterstützen. Den Nutzern der Büros wird die Gelegenheit gegeben, an diesen Schulungen teilzunehmen.

Vorbemerkungen

In vorliegendem Brandschutzkonzept sowie den zugehörigen Brandschutzplänen erfolgt folgende Zuordnung der bauordnungsrechtlichen Begriffe zu den Feuerwiderstands- und Baustoffklassifizierungen bzw. zu den Bauteileigenschaften.

bauordnungsrechtliche Anforderung	verwendete Abkürzung
feuerhemmend	fh
hochfeuerhemmend	hfh
feuerbeständig	fb
Bauteile aus brennbaren Baustoffen (mindestens normal entflammbar)	-b
Bauteile, deren tragende und aussteifende Teile aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen und die bei raumabschließenden Bauteilen zusätzlich eine in Bauteilebene durchgehende Schicht aus nichtbrennbaren Baustoffen haben	-nb/b
Bauteile, deren tragende und aussteifende Teile aus brennbaren Baustoffen bestehen und die allseitig eine brandschutztechnisch wirksame Bekleidung aus nichtbrennbaren Baustoffen (Brandschutzbekleidung) und Dämmstoffe aus nichtbrennbaren Baustoffen haben	-b/nb
Bauteile aus nichtbrennbaren Baustoffen	-nb



bauordnungsrechtliche Anforderung	verwendete Abkürzung
normalentflammbar	ne
schwerentflammbar	se
nichtbrennbar	nb
widerstandsfähig gegen zusätzliche mechanische Belastung	m
rauchdichte und selbstschließende Abschlüsse	rd
dichtschließend	ds
dicht- und selbstschließend	ds/s

Die Feuerwiderstandsfähigkeit bezieht sich bei tragenden und aussteifenden Bauteilen ausschließlich auf deren Standsicherheit im Brandfall, bei raumabschließenden Bauteilen auf deren Widerstand gegen die Brandausbreitung.

Hinweis: Zur Visualisierung sind in den Brandschutzplänen im Wesentlichen die raumabschließenden Bauteile und ihre Mindestanforderungen dargestellt. Die Brandschutzpläne sind keine Ausführungspläne. Die textlichen Anforderungen des Brandschutzkonzepts sind zu beachten! Maße und Ausführungsdetails sind den Architektenplänen zu entnehmen.

Brandschutztechnische Gesamtkonzeption

1. Zu- u. Durchfahrten, Aufstell- und Bewegungsflächen

... werden nicht verändert. Aufstellflächen für Hubrettungsfahrzeuge sind nach Umsetzung der Baumaßnahmen für das 1. Dachgeschoss nicht mehr erforderlich, da die Rettungswege im 1. Dachgeschoss dann baulich sichergestellt sind. Die Maßnahmen im 1. Dachgeschoss werden vorrangig umgesetzt, da derzeit die Erreichbarkeit von Anleiterstellen mit dem Hubrettungsfahrzeug durch den Baumbestand erschwert ist.

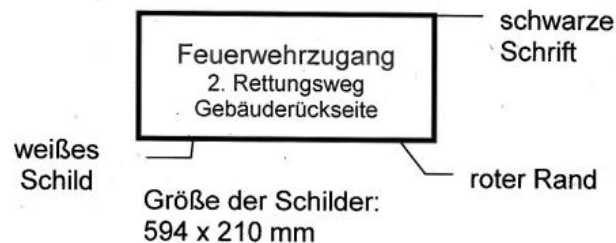
Die verbleibenden Rettungsausstiege im Erd- und Obergeschoss sind zur öffentlichen Verkehrsfläche und zum Innenhof orientiert. Im Obergeschoss wird die Zahl der Fenster, die als Notausstieg dienen, durch den neuen Bypass vom Versammlungsraum über die Räume der Musikschule zum Treppenraum T2 reduziert. Der Versammlungsraum erhält über den Bypass zwei bauliche Fluchtwege.

Personen können sich zu den Flächen für die Einsatzkräfte der Gefahrenabwehr bemerkbar machen. Die äußere Brüstungshöhe beträgt an den Rettungsausstiegen nicht mehr als 8 m (§ 5 Abs. 1 BauO NRW / siehe Schnitt A-A). Entsprechend sind die Rettungsausstiege mit der tragbaren Leiter erreichbar.

Der Rettungsausstieg des Raums „Unterricht 5, MS“ (OG) ist zur öffentlichen Verkehrsfläche orientiert und mit der tragbaren Leiter erreichbar (siehe Brandschutzplan 6). Allerdings liegt der Fußpunkt der tragbaren Leiter im Bereich von Stellplätzen (Längsparker/ Bordsteinkante). Um das Fenster, das als Notausstieg dient, zu erreichen ist eine Aufstellfläche für Hubrettungsfahrzeuge auf der öffentlichen Verkehrsfläche vorhanden (siehe Brandschutzplan 1). Je nachdem von welcher Seite an das Objekt gefahren wird, liegt ein Baum im 2 m Freistreifen des Hubrettungsfahrzeuges (siehe Brandschutzplan 1) – allerdings außerhalb des Drehkranzes. Die Anfahrtsrichtung wird durch die Einsatzleitung der Feuerwehr festgelegt.

Das Tor zum Innenhof ist derart hergerichtet, dass es für die Einsatzkräfte der Gefahrenabwehr jederzeit zu öffnen ist. Es ist nicht abschließbar ausgeführt. Der Feuerwehrezugang führt geradlinig über einen mindestens 1,25 m breiten Fußweg in den Hinterhof. Das Tor ist 2-flügelig mit einer Durchgangsbreite von deutlich mehr als 1 m ausgeführt.

Die Kennzeichnung des Feuerwehrezugangs in den Hinterhof, mit Hinweis auf den 2. Rettungsweg, ist amtlich nach DIN 4066 neben dem Hauptzugang „Hagmanngarten“ gekennzeichnet. Eine weitere Kennzeichnung erfolgt am Tor zum Hinterhof („Gathergang“):



Diese zusätzliche Beschilderung wird am Anfang des Feuerwehrezugangs gut sichtbar und dauerhaft, in Höhe des Tores, montiert.

2. Löschwassermenge und -versorgung / Lage der Hydranten

.... keine Änderung. Die geplanten Maßnahmen haben keinen Einfluss auf die erforderliche Löschwassermenge und -versorgung. Eine über den Grundschutz hinaus gehende Löschwasserversorgung ist nicht erforderlich.

Eine Löschwasserkapazität von 96 m³/h über einen Zeitraum von 2 Stunden wurde mit Schreiben vom 24.03.2021 durch die Stadtwerke Essen bestätigt (siehe Anlage).

Hinweis: Grundsätzlich ist es Aufgabe der Gemeinde für einen ausreichenden Grundschutz in der Löschwasserversorgung zu sorgen (vgl. § 3 Abs. 2 Gesetz zur Neuordnung des Brandschutzes, der Hilfeleistung und des Katastrophenschutzes vom 17. Dezember 2015).

3. Löschwasser-Rückhalteinrichtungen

... keine Änderung. Die Lagerung wassergefährdender Stoffe in Mengen, die in den Anwendungsbereich der LÖRÜRL fallen würden, wurde nicht mitgeteilt und ist bei der beantragten Nutzung nicht zu erwarten. Eine Löschwasserrückhaltung ist nicht vorhanden.

Es wird darauf hingewiesen, dass es in der Verantwortung des Bauherrn liegt, korrekte Angaben zu den Lagermengen und zur Wassergefährdungskategorie gelagerter Stoffe zu machen.

4. System der äußeren und inneren Abschottung

4.1 Tragende Wände, Stützen

Schutzziel: Jede bauliche Anlage muss im Ganzen und in ihren einzelnen Teilen sowie für sich allein im Brandfall ausreichend standsicher sein. Die Standsicherheit anderer baulicher Anlagen und die Tragfähigkeit des Baugrundes der Nachbargrundstücke dürfen nicht gefährdet werden.

... das Tragwerk bleibt im Wesentlichen erhalten. Die tragenden und aussteifenden Bauteile sind im UG, EG und 1.OG augenscheinlich in Massivbauweise feuerbeständig hergestellt. Wände, die von den Baumaßnahmen 1988/1989 berührt waren, wurden feuerbeständig ausgeführt (siehe Baubeschreibungen zu den Bauanträgen 1988/1989 und § 25 Abs. 1 BauO NRW:1984).

In den Dachgeschossen sind Teile des Tragwerkes mit Holzbauteilen und augenscheinlich nicht hochfeuerhemmend errichtet (Dachtragwerk). Der Glockenturm wurde in Holzbauweise konstruiert und offen an das 2. Dachgeschoss angebunden (Bestandsschutz/ Denkmalschutz). Es bestehen keine Bedenken wegen des Brandschutzes die Abweichung von § 27 Abs. 1 BauO NRW als Erleichterung nach § 50 Abs. 1 BauO NRW auch weiterhin zu gestatten, wenn die Nutzung zu Aufenthaltszwecken im 2. Dachgeschoss und im Turm dauerhaft untersagt wird. Die Nutzungsuntersagung ist auch wegen der fehlenden Rettungswege in diesen Flächen geboten. Das 2. Dachgeschoss und der Turm werden weitestgehend von Brandlasten befreit. Technische Anlagen und Leitungsanlagen werden weitestgehend zurückgebaut. Erforderliche Leitungsanlagen werden hochfeuerhemmend gekapselt und technische Anlagen regelmäßig überprüft (mindestens 1-mal jährlich, z.B. Biss-Spuren).

Die im Zuge der Umbaumaßnahmen berührten tragende und aussteifende Bauteile werden mindestens hochfeuerhemmend hergestellt (§ 27 Abs. 1 BauO NRW/ GK 4).

4.2 Außenwände, Außenwandteile (Brüstungen/ Schürzen), Außenwandoberflächen und -bekleidungen

Schutzziel:
Brandausbreitung auf und in diesen Bauteilen ausreichend lang begrenzen (§ 28 BauO NRW:2018)

... keine Änderung. Die Außenwände sind augenscheinlich in Massivbauweise und mit nicht brennbaren Putz-Oberflächen ausgeführt.

4.3 Trennwände

Schutzziel: Trennwände müssen als raumabschließende Bauteile von Räumen oder Nutzungseinheiten innerhalb von Geschossen ausreichend lang widerstandsfähig gegen die Brandausbreitung sein.

Definition Nutzungseinheit: Eine Nutzungseinheit wird verstanden als eine Summe von Räumen, die aufgrund ihrer organisatorischen und räumlichen Struktur den Eindruck der Zusammengehörigkeit vermitteln. Innerhalb der Nutzungseinheit muss der direkte Zugang zu den Flucht- und Rettungswegen jederzeit gewährleistet sein.

Folgende abgetrennte Räume und Nutzungseinheiten sind vorhanden:

- Lager-, Putzmittel- und Technikräume (UG) – siehe Brandschutzplan Nr. 2
- Aufstellraum der Feuerstätte (UG)
- Bibliothek (UG, ca. 103 m²)
- Büro (EG)
- Musikschule (EG, ca. 48 m²)
- AWO / Seniorentreff inkl. Lager AWO (EG, ca. 181 m²)
- Standesamt / Veranstaltungsraum/ Lager Musikschule (OG, ca. 91 m²)
- Musikschule (OG, ca. 171 m² + ca. 30 m²)
- Musikschule (1.DG, 3 brandschutztechnisch getrennte Teilflächen - in der Summe ca. 212 m², wobei die größte Einzelfläche etwa 94 m² umfasst)

Die Flächen der Nutzungseinheiten betragen jeweils nicht mehr als 200 m². Der Lagerraum der AWO (EG) ist kleiner als 20 m² und muss nicht abgetrennt werden (siehe Rd. 29 im Kommentar zu § 29 BauO NRW, 13. Auflage)

Die Überwiegend in Massivbauweise errichteten Trennwände sind augenscheinlich mindestens hochfeuerhemmend konstruiert. Trennwände sind raumabschließend von Rohdecke bis Rohdecke, und im Dachraum bis unter die Dachhaut zu führen. Alle Trennwände werden auf Fehlstellen abgesucht, die in der Feuerwiderstandsklasse der bestehenden Wand, mindestens jedoch hochfeuerhemmend geschlossen werden.

4.4 Brandwände

Gebäudeabschlusswände

... keine Änderung. Beide Gebäudeteile halten einen Abstand von mehr als 2,50 m zu den Nachbargrenzen ein.

Innere Brandwände

Die Gebäudelängen betragen in beiden Achsen nicht mehr als 40 m. Innere Brandwände sind nicht erforderlich (§ 30 Abs. 2 Nr. 2 BauO NRW:2018/2023).

4.5 Decken

... keine Änderungen.

Besondere Hinweise:

Decken müssen in der Gebäudeklasse 4 hochfeuerhemmend sein. Bei Decken gilt der geforderte Feuerwiderstand für eine Brandbeanspruchung von oben und unten.

Der obere Abschluss der notwendigen Treppenräume und des 2-geschossigen Trauzimmer/ Veranstaltungsraum ist die Holzbalkendecke zum 2. Dachgeschoss, die augenscheinlich feuerhemmend ausgeführt ist (Bestandsschutz/ Denkmalschutz). Diese Abweichung und die dazugehörigen Kompensationsmaßnahmen sind unter Ziffer 5.2 beschrieben.

Erfolgen Wärmedämm-Maßnahmen im 2. Dachgeschoss (oberste Geschossdecke), werden die Dämmstoffe nicht brennbar sein.

4.6 Dachtragwerk und Bedachungen, Solaranlagen

... keine Änderungen.

Das Dachtragwerk ist 2-geschossig zzgl. Glockenturm mit einer zimmermannsmäßige Holzkonstruktion errichtet (Mansarddach; siehe auch Ziffer 4.1). Die Bedachung ist mit Dachziegel ausgeführt (harte Bedachung). Solaranlagen sind nicht vorhanden.

4.7 Systemböden

... nicht vorhanden.

4.8 Installationsschächte

... keine Änderungen.

Allgemeine Hinweise:

Durch vertikale Schächte können Leitungen der Gebäudetechnik (z.B. Elektrokabel, Wasserversorgung, Heizungsleitungen etc.) über die Geschosse hinweg geführt werden.

Aus brandschutztechnischer Sicht besteht hierbei die Gefahr, dass sich Feuer und Rauch über diese Schächte in das andere Geschoss oder Nutzungseinheiten ausbreiten kann. Deshalb sind bei der Ausführung und Bauunterhaltung von Schächten folgende Randbedingungen zu beachten:

1. alle Leitung werden mit Schottung durch die Decken geführt (= vertikale Schottung). Der Feuerwiderstand des Leitungsschotts wird dem Feuerwiderstand der durchdrungenen Decke entsprechen. Bei einer Schottung im Deckenbereich benötigen die Schachtwände innerhalb einer Nutzungseinheit keine Feuerwiderstand. Verlaufen Schachtwände innerhalb von Flucht- und Rettungswegen erfolgt deren Abschottung gemäß MLAR in der Fassung 10.2.2015, zuletzt geändert durch Beschluss der Fachkommission Bauaufsicht vom 03.09.2020.
2. Schachtwände, deren Feuerwiderstand dem höchsten Feuerwiderstand eines durchdrungenen raumabschließenden Bauteils entsprechen; mit einer Schottung aller Ein- und Ausgänge in eben dieser Feuerwiderstandsdauer, sind ebenfalls zulässig. Der Schacht benötigt bei dieser Ausführung keine zusätzliche Schottung im Deckenbereich, an Flur- oder an Trennwänden. Es erfolgt jedoch eine Schottung an Treppenraumwänden.
3. Prüfverfahren der Schächte gemäß Anlage C4.7 VV TB NRW

4.9 Fugen in raumabschließenden Bauteilen

... keine Änderungen.

Werden im Zuge der Maßnahmen Mängel an den raumabschließenden Bauteilen erkannt, werden diese fachgerecht beseitigt. In raumabschließenden Bauteilen, wie Trennwänden, Decken, Treppenraumwänden, Flurwänden, müssen Fugen mit dem geforderten Feuerwiderstand des raumabschließenden Bauteils geschlossen werden (siehe die entsprechenden Ziffern in diesem Brandschutzkonzept). Fugen werden mit nichtbrennbaren Baustoffen ausgefüllt (z.B. bauaufsichtlich zugelassene, feuerwiderstandsfähige Fugenbänder). Maximal zulässige Fugenbreiten und Dehnungen werden bei der Planung beachtet und mit einem qualifizierten Tragwerksplaner abgestimmt.

5. Rettungswege

Das Gebäude verfügt über 4 bauliche Rettungswege (RW):

- Treppenraum (TR) - T1
- Treppenraum (TR) - T2
- AT_{UG} – Außentreppe (AT) UG
- AT_{EG} – Außentreppen EG Innenhof
- Außentreppe am Zugang *Gathergang*
- Außentreppe am Zugang *Hagmanngarten*

Ein Rettungsweg führt aus einzelnen Nutzungseinheiten über die Geräte der Feuerwehr:

- Büro EG
- Musikschule EG (2x)
- Musikschule OG: Unterricht 4, 5, 6, 7
- Musikschule OG: Büro

Insgesamt ergeben sich im Erdgeschoss 3 Fenster, die als Notausstieg dienen, und im Obergeschoss 4 Fenster, die als Notausstieg dienen, plus 1 Balkon.

5.1 Bemessung der Personenzahlen und Zuordnung zu den Rettungswegen

Nutzungseinheit	Fläche [m²]	Geschoss	Bemessung	Pers.	TR	Pers /TR
Bibliothek	83,44	UG	1 Person/ m²	83	AT _{UG}	83
Summe UG				83		
Büro	25,28	EG	ASR A1.2	2-3	T1	65
Musikschule		EG			T1	
- Unterricht	24,41		BASS: 2,5m²/Schüler	10		
- Büro	16,05		ASR A1.2	1-2		
AWO		EG				37
- Seniorentreff						
o Café-T1	52,45*2/3		1 Person/ m²	35	T1	
o Teeküche	14,66		1 Person/ m²	15	T1	
AWO		EG				30
- Lager	14,14		kein Aufenthalt	0	-	
- Seniorentreff						
o Café-T2	52,45*1/3		1 Person/ m²	17	T2	
o Küche	19,97		1 Person/ m²	20	T2	
AWO		EG				
- Besprechung	27,72		1 Person/ m²	28	AT _{EG}	
- Büro	22,71		ASR A1.2	1-2	AT _{EG}	
Summe EG				132		



Nutzungseinheit	Fläche [m²]	Geschoss	Bemessung	Pers.	TR	Pers /TR
Musikschule - Unterricht 7	24,19	OG	BASS: 2,5m²/Schüler	10	T1	83
Standesamt - Vorraum Trauzimmer - Lager MS - Trauzimmer	12,51 11,83 51,18	OG	ASR A1.2 kein Aufenthalt 1 Person/ m²	1-2 - 51	T1 T1 T1	
Musikschule - Unterricht 1 - Unterricht 2	27,95 23,52	OG	BASS: 2,5m²/Schüler BASS: 2,5m²/Schüler	11 9	T1 T1	
Musikschule - Unterricht 3 - Unterricht 4 - Unterricht 5 - Unterricht 6 - Büro	21,18 22,71 15,34 14,62 12,47	OG	BASS: 2,5m²/Schüler BASS: 2,5m²/Schüler BASS: 2,5m²/Schüler BASS: 2,5m²/Schüler ASR A1.2	8 9 6 6 1-2	T2 T2 T2 T2 T2	
Summe OG				114		
Musikschule - Probenraum 1 - Probenraum 2 - Probenraum 3 - Bad	23,15 26,09 47,59 6,79	DG	BASS: 2,5m²/Schüler BASS: 2,5m²/Schüler BASS: 2,5m²/Schüler Kein Aufenthalt	9 10 19 0	T1 T1 T1 T1	38
Musikschule - Probenraum 4 - Probenraum 5 - Probenraum 6 - Bad	34,17 16,59 20,28 3,49	DG	BASS: 2,5m²/Schüler BASS: 2,5m²/Schüler BASS: 2,5m²/Schüler kein Aufenthalt	14 7 8 0	T2 T2 T2 T2	
Summe DG				67		
Summe UG bis DG				396		
Summe pro Treppenraum					T1	186
					T2	97
Außentreppe UG					AT	83
Außentreppe EG					AT	30
Kontroll-Summe						396

T=Treppenraum, AT=Außentreppe

Bemessung in Anlehnung an BASS: Grundsätze für die Aufstellung von Raumprogrammen für allgemeinbildende Schulen und Förderschulen, RdErl. d. Ministeriums für Schule und Weiterbildung v. 19. 10. 1995 (GABl. NW. I S. 229)

Die nutzbare Breite des Ausgangs aus dem notwendigen Treppenraum T1 beträgt an beiden 2-flügligen Türen $2 \cdot 0,775 \text{ m} = 1,55 \text{ m}$.

Dieser Notausgang kann von $1,55 \text{ m} : 0,006 = 258$ Personen verwendet werden. Er ist für die bemessene Personenzahl (186 Pers.) ausreichend breit. Der Ausgang ins Freie ist breiter als der Zugang in den Windfang.

Die nutzbare Breite des Ausgangs aus dem notwendigen Treppenraum T2 beträgt 0,95 m mit Einschnürungen an der ehemaligen Tür zum Windfang auf 0,9 m. Die Tür zum Windfang wird entfernt. Der Bereich der Einschnürung kann von $0,9 \text{ m} : 0,006 = 150$ Personen verwendet werden. Er ist für die bemessene Personenzahl (97 Pers.) ausreichend breit. Es kann zu Stauungen am Notausgang kommen, da die Außentür gegen die Fluchtrichtung öffnet. Eine Umrüstung zu „in Fluchtrichtung öffnend“ birgt wegen der vorhandenen Einzelstufe, die direkt an der Außentür gelegen ist, Unfallgefahren. Die vorhandene Außentür bleibt erhalten (§ 34 Abs. 7 BauO NRW/ Bestandsschutz).

Die nutzbare Breite des Notausgangs *Besprechungsraum AWO* und der nachfolgenden Außentreppe sind $\geq 0,90 \text{ m}$. Sie sind hiermit für $0,90 \text{ m} : 0,006 = 150$ Personen, und somit für die bemessene Personenzahl (28 Pers.) ausreichend breit. Gleiches gilt für das erdgeschossige Büro der AWO. Die Nutzer beider Räume werden in der Brandschutzordnung darauf hingewiesen im Notfall möglichst den direkten Ausgang ins Freie zu verwenden. Hinsichtlich der Aufschlagrichtung der Ausgänge aus dem Büro_{AWO, EG} bestehen aus Sicht des vorbeugenden Brandschutzes keine Bedenken (1-2 Pers.).

Anforderungen des Arbeitsschutzes bleiben unberührt.

Die nutzbare Breite des Notausgangs im Untergeschoss und der Außentreppe beträgt 0,81 m und ist hiermit für $0,81 \text{ m} : 0,006 = 135$ Personen, und somit für die bemessene Personenzahl (83 Pers.) ausreichend breit.

Kein Geschoss ist uneingeschränkt barrierefrei erreichbar. Eine Aufzugsanlage ist nicht vorhanden. Insofern wird seitens der Brandschutzkonzepterstellerin davon ausgegangen, dass alle Personen, die das Gebäude eigenständig betreten im Notfall in der Lage sind, das Gebäude eigenständig zu verlassen. Personen, die nur mit Assistenz das Gebäude betreten und verlassen können, werden während ihres Aufenthaltes in ständiger Begleitung ihrer Assistenzen sein.

5.2 Notwendige Treppen

... es finden keine baulichen Änderungen statt.

Notwendige Treppen sind ausgeführt als

- Außentreppen mit nicht brennbaren Baustoffen vor geschlossen Außenwandscheiben bzw. in Verlängerung der notwendigen Treppe (Haupteingang Hagmanngarten)
- innerhalb notwendiger Treppenräume und
- innerhalb einer Nutzungseinheit (Heizung/ UG)
- **Einschubtreppen zum 2. Dachgeschoss** und tragbare Leiter als Zutritt in den Turm

Die notwendige Treppe innerhalb des **notwendigen Treppenraums T1** ist augenscheinlich mit nicht brennbaren Baustoffen errichtet. Sie erfüllt in dieser Konstruktion die Anforderungen des § 34 Abs. 4 Nr. 2 BauO NRW:2018/2023 in der GK4.

Die notwendige Treppe führt vom Untergeschoss ins 1. Dachgeschoss – sie verbindet alle Geschosse mit Aufenthaltsräumen in einem Zug. Das 2. Dachgeschoss, das in beiden Gebäudeteilen zu Aufenthaltszwecken geeignet - jedoch dauerhaft nicht genutzt (siehe Ziffer 4.1) und nicht ausgebaut ist, sowie der Turm sind über eine Einschubtreppe bzw. tragbare Leitern zugänglich.

Die Holztreppe innerhalb des **notwendigen Treppenraums T2** wurde durch die Baugenehmigung vom 16.05.1990 legalisiert (siehe Auflagen und Bedingungen, 090 in Verbindung mit der Stellungnahme der Feuerwehr vom 15.1.1990; Bestandsschutz). Die Führung des Treppenlaufs in einem Zug ist im Erdgeschoss durch eine Holztür unterbrochen. Auch diese Abweichung von § 34 Abs. 3 Satz 1 BauO NRW ist in den Genehmigungsplänen zum Bauschein Nr. 63-22-07123/89 dargestellt (Bestandsschutz). Um die Kollision dieser Tür mit der Tür zum Windfang zu vermeiden, wird die Tür zum Windfang entfernt (siehe Brandschutzplan 3).

Der Zutritt zum 2. Dachgeschoss ist im Bestand über Einschubtreppen möglich. Im Gebäudeteil *Hagmanngarten* liegt die Einschubtreppe im oberen Abschluss des notwendigen Treppenraums T1, im Gebäudeteil *Gathergang* in der Decke über dem notwendigen Flur. Eine Tür-Öffnung zwischen den beiden Dachräumen (2.DG) wurde zugemauert, eine Sichtöffnung ist in Bodennähe vorhanden. Die Decke über dem 1. Dachgeschoss ist eine Holzbalkendecke, die nicht verändert wird (Bestandsschutz/Denkmalschutz). Beide Einschubtreppen werden im Zuge der Umbaumaßnahmen feuerhemmend für eine Brandbeanspruchung von oben und unten erneuert. Aus Sicht des vorbeugenden Brandschutzes bestehen keine Bedenken die Abweichungen von § 31 Abs. 1 BauO NRW (Decken), § 34 Abs. 2 und 3 BauO NRW (Einschubtreppe/Führung nicht in einem Zug über alle Geschosse), § 35 Abs. 4 BauO NRW (neue Treppenraumwand am T1/1.DG) sowie § 35 Abs. 4 Satz 3 BauO NRW (oberer Abschluss notwendiger Treppenraum) als Erleichterung nach § 50 Abs. 1 zu gestatten, wenn folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

- Nutzungsuntersagung 2. Dachgeschoss und Glockenturm durch die Bauaufsicht
- Einschubtreppen feuerhemmend, Brandbeanspruchung von oben und unten
- 2. Dachgeschoss und Turm werden weitestgehend von Brandlasten befreit. Hierzu werden sämtliche gelagerten Gegenstände entfernt und die Leitungsanlagen auf das unumgängliche Mindestmaß reduziert und regelmäßig kontrolliert (insbesondere Verteilerdosen, Bissspuren an Leitungsanlagen).
- Verbleibende Leitungsanlagen werden hochfeuerhemmend gekapselt und unumgängliche technische Anlagen regelmäßig überprüft (mindestens 1-mal jährlich, z.B. Biss-Spuren).
- der mindestens feuerhemmende Raumabschluss der Decke über 1.DG wird überprüft und festgestellte Mängel beseitigt.
- Bei Wärmedämm-Maßnahmen an der Decke über 1.DG werden nicht brennbare Dämmstoffe verwendet.

Löscharbeiten können von außen erfolgen. Wirksam sind Löscharbeiten auch dann, wenn der Brandabschnitt verloren geht (§ 14 BauO NRW; Famers/ Messerer, „Rettung von Personen“ und „wirksame Löscharbeiten“ - bauordnungsrechtliche Schutzziele mit Blick auf die Entrauchung, Ein Grundsatzpapier der Fachkommission Bauaufsicht).

Die nutzbare Breite der Treppenläufe und Treppenabsätze der notwendigen Treppen, die Geschosse mit Aufenthaltsräumen erschließen, beträgt

- im Treppenraum T1 durchgängig mindestens 1,25 m und ist hiermit für $1,25 \text{ m} : 0,006 = 208$ Personen ausreichend breit (Bemessung für 186 Personen).
- im Treppenraum T2 durchgängig mindestens 0,82 m und ist hiermit für $0,82 \text{ m} : 0,006 = 136$ Personen ausreichend breit (Bemessung für 97 Personen).

Der Personenzustrom im Ober- und Dachgeschoss ist jeweils geringer (siehe Ziffer 5.1). Die notwendigen Treppen sind für den größten zu erwartenden Verkehr ausreichend breit.

5.3 notwendiger Treppenraum

notwendiger Treppenraum T1:

Der notwendige Treppenraum ist durchgehend außenliegend über die Geschosse mit Aufenthaltsräumen errichtet. Von jeder Stelle eines Aufenthaltsraumes, der im Einzugsgebiet des T1 liegt, ist ein Ausgang in den notwendigen Treppenraum oder ins Freie in höchstens 35 m Entfernung erreichbar.

Der notwendige Treppenraum wird im Erdgeschoss über einen Raum zwischen dem notwendigen Treppenraum und dem Ausgang ins Freie verlassen. Dieser Raum ist mindestens so breit wie der notwendige Treppenlauf und hat keine Öffnungen zu angrenzenden Räumen oder notwendigen Fluren – jedoch einen Infokasten.

Die 1988 genehmigte Öffnung zwischen Treppenraum und *Büro für 1x Sekr.* (siehe Grundriss EG zum Bauschein Nr. 63-22-04304/88) ist geschlossen worden. Treppenraumseitig ist ein Infokasten mit Glas-Schiebeelementen und Holzrahmen eingebaut worden (§ 35 Abs. 5 Nr. 1 BauO NRW).



Es bestehen keine Bedenken wegen des Brandschutzes die Abweichung von § 35 Abs. 5 Nr. 1 BauO NRW als Erleichterung nach § 50 Abs. 1 BauO NRW zu gestatten, da der Holzrahmen der ehemaligen Durchreiche vergleichbar mit der Brandlast und Brandgefahr eines zulässigen Holztürrahmens ist. Der mindestens hochfeuerhemmende und mechanisch belastbare Raumabschluss (hfh + m) zwischen Treppenraum und der heutigen „Teeküche AWO“ wird jedoch überprüft. Gegebenenfalls erforderliche Ertüchtigungsmaßnahmen werden umgesetzt. Der Nachweis über den geforderten Raumabschluss wird der Feuerwehrdienststelle vorgelegt. Der notwendige Treppenraum kann zusätzlich über einen Ausgang im Untergeschoss verlassen werden, der über einen notwendigen Flur erreichbar ist (siehe Brandschutzplan Nr. 2).

Hinweis: im Untergeschoss liegen mehr als 4 Nutzungseinheiten am notwendigen Treppenraum. Auf die Ausbildung eines notwendigen Flures darf verzichtet werden. Alle Öffnungsabschlüsse zu den Nutzungseinheiten sind mindestens selbstschließend. (siehe hierzu § 35, zu Absatz 9, HANDLUNGSEMPFEHLUNG AUF DER GRUNDLAGE DER DIENSTBESPRECHUNGEN MIT DEN BAUAUFSICHTSBEHÖRDEN IM OKTOBER/NOVEMBER 2018)

Die bestehenden Wände des notwendigen Treppenraums sind augenscheinlich mindestens hochfeuerhemmend und widerstandsfähig gegen zusätzliche mechanische Beanspruchung errichtet. Im 1. Dachgeschoss wird der neue Treppenraumwandabschnitt mindestens hochfeuerhemmend mit nicht brennbaren Baustoffen, voraussichtlich jedoch ohne Widerstand gegen zusätzliche mechanische Beanspruchung und einem nicht zulassungskonformen Deckenanschluss errichtet. Die neue Treppenraumwand kann nur an die feuerhemmende Holzbalkendecke über dem 1.DG angeschlossen werden. Die stat.-konstruktive Ausbildung des Wandanschlusses wird durch einen qualifizierten Tragwerksplaner überprüft. Dieser Wandabschnitt trennt den Treppenraum vom notwendigen Flur, der zukünftig die beiden Treppenräume verbindet. Es bestehen keine Bedenken wegen des Brandschutzes eine Abweichung von § 35 Abs. 4 Nr. 1 BauO NRW als Erleichterung nach § 50 Abs. 1 BauO NRW zu gestatten, da der neue notwendige Flur Schutz vor einer direkten Brandbeaufschlagung des Anschlusspunktes Wand/Decke bietet. Weitere Brandschutzmaßnahmen zum 2. Dachgeschoss sind unter Ziffer 5.2 beschrieben.

Der obere Abschluss des notwendigen Treppenraums ist die Holzbalkendecke zum 2. Dachgeschoss, die unverändert erhalten bleibt (Bestandsschutz/ Denkmalschutz). Maßnahmen zur Kompensation der Abweichung von § 35 Abs. 4 Satz 3 BauO NRW sind unter Ziffer 5.2 beschrieben.

Bekleidungen, Putze, Dämmstoffe, Unterdecken und Einbauten sind -mit Ausnahme der beschriebenen Abweichung- mit nicht brennbaren Baustoffen ausgeführt. Gemäß der Baubeschreibung zum Bauantrag vom 28.07.1988 wurde der Deckenputz an Stuck-Kassettendecken überarbeitet. Wand- und Bodenoberflächen sind mit nicht brennbaren Baustoffen ausgeführt. Im Untergeschoss wurde zusätzlich ein Teppich verlegt, der dort verbleiben kann, wenn er mindestens schwerentflammbar ist. Der Nachweis der Baustoffklasse wird der Bauaufsicht auf Verlangen zur Verfügung gestellt.

Die Öffnungen zu Lager- und ähnlichen Räumen sind im Untergeschoss feuerhemmend ausgeführt. Die Türen weisen deutliche Gebrauchsspuren auf und werden durch feuerhemmende, rauchdichte und selbstschließende Abschlüsse ersetzt (§ 35 Abs. 6 Nr. 1 BauO NRW, siehe Brandschutzplan 2).

Die Öffnungen zum notwendigen Flur im Unter- und 1.Dachgeschoss werden rauchdicht und selbstschließend hergestellt (§ 35 Abs. 6 BauO NRW).

Die Öffnungen zu sonstigen Räumen und Nutzungseinheiten werden dicht- und selbstschließend hergestellt. Die Türen sind dann dauerhaft selbstschließend, wenn die Kriterien der Dauerfunktion nach DIN 4102-18:1991-03 erfüllen.

Der notwendige Treppenraum ist beleuchtet und kann zur Unterstützung wirksamer Löscharbeiten entraucht werden. Zu öffnende Fenster befinden sich am Treppenlauf UG-EG.

Am Treppenlauf vom Erdgeschoss zum 1. Dachgeschoss sind historische Verglasungen vorhanden. Diese Fenster können nicht geöffnet werden. Zur Kompensation der Abweichung von § 35 Abs. 8 BauO NRW:2018/2023 bzw. § 33 Abs. 10 BauO NRW:1984 ist eine Öffnung zur Rauchableitung am höchst gelegenen Fenster der Treppenraumaußenwand installiert worden (siehe Stellungnahme der Feuerwehr zum Bauantrag vom 28.7.1988). Bedienstellen sind im Erdgeschoss und am obersten Treppenabsatz vorhanden. Die Öffnungsfläche unterschreitet das Maß von 1 m². Das Öffnungsmaß im Lichten beträgt etwa 0,9 m / 0,85 m = 0,76 m². Seitens der Linksunterzeichnerin wird davon ausgegangen, dass Gründe des Denkmalschutzes gegen eine Vergrößerung der Fensterfläche sprachen. Es bestehen keine Bedenken wegen des Brandschutzes die Abweichung von § 35 Abs. 8 BauO NRW:2018/2023 und § 33 Abs. 10 BauO NRW:1984 auch weiterhin als Erleichterung nach § 50 Abs. 1 BauO NRW zu gestatten, da die Rauchableitung -wenn auch eingeschränkt- möglich ist (Bestandsschutz).

notwendiger Treppenraum T2:

Der notwendige Treppenraum ist durchgehend außenliegend über die Geschosse mit Aufenthaltsräumen errichtet. Von jeder Stelle eines Aufenthaltsraumes, der im Einzugsgebiet des T2 liegt, ist ein Ausgang in den notwendigen Treppenraum oder ins Freie in höchstens 35 m Entfernung erreichbar.

Der notwendige Treppenraum verfügt über einen Ausgang ins Freie im Erdgeschoss. Zwischen dem notwendigen Treppenraum und dem Ausgang ins Freie liegt derzeit ein Windfang, der keine Öffnungen zu angrenzenden Räumen oder notwendigen Fluren aufweist. Aufgrund der bestehenden Türaufschlagrichtungen am Windfang kann es zu Türkollisionen und Stauungen kommen. Die Tür zwischen Treppenraum T2 und Windfang wird entfernt und die Fläche des Windfangs dem Treppenraum T2 zugeschlagen.

Die Wände des notwendigen Treppenraums sind augenscheinlich mindestens hochfeuerhemmend und widerstandsfähig gegen zusätzliche mechanische Beanspruchung errichtet. Der obere Abschluss ist die Holzbalkendecke zum 2. Dachgeschoss, die unverändert erhalten bleibt und in Teilen die Dachfläche (Bestandsschutz/ Denkmalschutz). Maßnahmen zur Kompensation der Abweichung von § 35 Abs. 4 Satz 3 BauO NRW sind unter Ziffer 5.2 beschrieben.

Bekleidungen, Putze, Dämmstoffe und Unterdecken sind augenscheinlich mit nicht brennbaren Baustoffen ausgeführt. Ein Einbau in Form einer Abtrennung zum Treppenlauf UG-EG ist mit Holzwerkstoffen im Bestand vorhanden. Es bestehen keine Bedenken wegen des Brandschutzes die Abweichung von § 35 Abs. 5 BauO NRW:2018/2023 bzw. § 33 Abs. 3 BauO NRW:1984 auch weiterhin als Erleichterung nach § 50 Abs. 1 BauO NRW zu gestatten, da die gesamte Treppe in Holzbauweise errichtet und als solche genehmigt ist (siehe Baugenehmigung vom 16.05.1990 und Ziffer 5.2)

Der Bodenbelag ist an Podesten mit nicht brennbaren Baustoffen ausgeführt.

Die Öffnung zum Archiv im Untergeschoss wird mindestens dicht- und selbstschließend hergestellt (§ 35 Abs. 6 Nr. 3 BauO NRW; siehe auch Kommentar zu § 29 BauO NRW, Rd Nr 29).

Der Öffnungsabschluss zur Bibliothek ist feuerhemmend und selbstschließend ausgeführt.

Die Öffnungsabschlüsse der Raumgruppe Lager (UG) zum Treppenraum T2 und zum Flur werden feuerhemmend, rauchdicht und selbstschließend hergestellt (besondere Anforderung gem. § 50 Abs. 1 BauO NRW).

Die Öffnung zum notwendigen Flur im 1. Dachgeschoss wird rauchdicht und selbstschließend ausgeführt (§ 35 Abs. 6 BauO NRW).

Die Öffnungen zu sonstigen Räumen und Nutzungseinheiten werden in allen Geschossen dicht- und selbstschließend hergestellt. Türen sind dann dauerhaft selbstschließend, wenn die Kriterien der Dauerfunktion nach DIN 4102-18:1991-03 erfüllen (Ziffer A2.1.11 VV TB NRW).

Der notwendige Treppenraum TR2 ist beleuchtet und natürlich belichtet. Er kann zur Unterstützung wirksamer Löscharbeiten im UG, EG und 1.OG über zu öffnende Fenster entraucht werden. Im 1. Dachgeschoss fehlt ein zu öffnendes Fenster. Es bestehen keine Bedenken wegen des Brandschutzes die Abweichung von § 35 Abs. 8 Nr. 1 BauO NRW weiterhin als Erleichterung nach § 50 Abs. 1 BauO NRW zu gestatten, da alle übrigen Treppenraumfenster mindestens 0,5 m² groß sind. Die ins Freie führenden Fenster des Treppenraums unterstützen die Belichtung des Treppenraums und schaffen die notwendige Transparenz, den Treppenraum von außen her – insbesondere im Gefahrenfall – einzusehen. Diese Schutzziele werden erfüllt. Die Forderung nach zu öffnenden Fenstern >0,50 m² pro Geschoss bestand bereits zum Zeitpunkt der Baugenehmigung 63-22-07123/89 vom 16.5.1990 (siehe § 33 Abs. 9 BauO NRW_1984; Bestandsschutz/ Denkmalschutz). Der genehmigte Bestand wird durch den neu geschaffenen 2. baulichen Rettungsweg im Dachgeschoss verbessert. Der Feuerwehr steht nach Umsetzung der in diesem Brandschutzkonzept beschriebenen Maßnahmen auch der Treppenraum T1 als Rettungsweg in das DG zur Verfügung. Zu öffnende Fenster, oder eine *Öffnung zur Rauchableitung*, sichern nicht den Flucht- und Rettungsweg (siehe § 35, zu Absatz 8, HE-BauO NRW:2018). Ist der Treppenraum verraucht, wird der zweite Flucht- und Rettungsweg verwendet.

Notwendige Treppe ohne notwendigen Treppenraum

Innerhalb des Heizungsraums (UG) verbindet eine notwendige Treppe aus nicht brennbaren Baustoffen die tiefer gelegene Installations-Ebene der Heizungsanlage mit dem Untergeschoss. Sie erfüllt mit dieser Konstruktion die Anforderung des § 34 Abs. 4 Nr. 2 BauO NRW. Der Heizungsraum ist kein Aufenthaltsraum im bauordnungsrechtlichen Sinne. Anforderungen des Arbeitsstättenrechts bleiben unberührt.

5.4 Notwendiger Flure

Untergeschoss:

Im Untergeschoss verbindet ein notwendiger Flur den notwendigen Treppenraum T1 mit dem Notausgang. Die Türen öffnen in Fluchtrichtung. Der notwendige Flur ist mit einer nutzbaren Breite von mindestens 1,20 m für den zu erwartenden Verkehr ausreichend breit (Bemessung mit 83 Personen/ Ziffer 5.1). Die Einschnürung an der Verbindungstür „TH1 – notwendiger Flur“ ist für 0,81 m : 0,006 m/Pers. = 135 Personen ausreichend breit.

Im Verlauf des notwendigen Flures ist eine Stufenfolge mit weniger als 3 Steigungen vorhanden. Es bestehen keine Bedenken wegen des Brandschutzes die Abweichung von § 36 Abs. 2 Satz 2 BauO NRW auch weiterhin nach § 50 Abs. 1 BauO NRW zuzulassen, wenn die Stufenvorderkante kontrastreich gekennzeichnet und im Bereich

der Stufenfolge durch eine netzgepufferte Einzelbatterieleuchte die Erkennbarkeit der Stufen auch beim Ausfall der allgemeinen Stromversorgung sichergestellt wird.

Eine Unterteilung in Rauchabschnitt ist nicht erforderlich.

Die Flurwände sind augenscheinlich mindestens feuerhemmend und einer Oberfläche aus nicht brennbaren Baustoffen ausgeführt.

Die Tür zum Raum *Heizung* wird überprüft und mindestens dicht- und selbstschließend hergestellt (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 FeuVO).

Bekleidungen, Putze, Unterdecken und Dämmstoffe bestehen augenscheinlich aus nichtbrennbaren Baustoffen. Die vorhandene, rauchoffene Unterdecke wird einschließlich ihrer Unterkonstruktion und Dämmstoffe hinsichtlich der Brennbarkeit verbauter Baustoffe überprüft. Brennbare Baustoffe werden beseitigt und durch nicht brennbare ersetzt. Leitungsanlagen im Deckenhohlraum werden gemäß MLAR verlegt.

Der Bodenbelag ist nicht brennbar ausgeführt.

Dachgeschoss:

Im 1. Dachgeschoss wird ein notwendiger Flur hergestellt, der die notwendigen Treppenträume *T1* und *T2* miteinander verbindet.

Der notwendige Flur wird über einer nutzbaren Breite von mindestens 1,20 m verfügen und ist hiermit für den größten zu erwartenden Verkehr ausreichend breit (Bemessung: 67 Personen/ Ziffer 5.1; das Gebäude ist für Rollstuhlnutzer nicht zugänglich).

Die Länge des notwendigen Flurs beträgt nicht mehr als 30 m. Eine Unterteilung in Rauchabschnitt ist nicht erforderlich (§ 36 Abs. 3 BauO NRW).

Die Wände des notwendigen Flurs werden feuerhemmend und raumabschließend von Rohdecke bis Rohdecke geführt. Sind die Flurwände und/oder die Decken des notwendigen Flurs mit brennbaren Baustoffen konstruiert erhalten diese Bauteile eine Bekleidung aus nichtbrennbaren Baustoffen in ausreichender Dicke (mindestens 12,5 mm Gipsplatte/ Ziffer A 2.1.12 VV TB NRW).

Türen in den Flurwänden werden dicht schließend hergestellt. Die Türelemente sind auf die für die Nutzung erforderliche Zahl beschränkt und insgesamt jeweils nicht breiter als 1,50 m (A2.1.12 MVV TB NRW).

Bekleidungen, Putze, Unterdecken und Dämmstoffe innerhalb des notwendigen Flurs werden mit nicht brennbaren Baustoffen ausgeführt.

Fußbodenbeläge werden mindestens schwerentflammbar hergestellt.

5.5 Fenster, die als Rettungsweg dienen

Bei Nutzungseinheiten, die nicht zu ebener Erde liegen, darf der zweite Rettungsweg nur über die Geräte der Feuerwehr führen, wenn Bedenken wegen des Brandschutzes nicht bestehen.

Aus den folgenden Aufenthaltsräumen führt der zweite Rettungsweg weiterhin über Fenster, die als Rettungsweg dienen:

- EG: Büro
- EG: Nutzungseinheit Musikschule
- OG: Unterricht MS 4
- OG: Unterricht MS 5
- OG: Büro MS
- OG: Unterricht MS 7

Die Notausstiege sind zu den Flächen für die Einsatzkräfte der Gefahrenabwehr orientiert. Das Tor zum Hof ist derart hergestellt, dass es für die Einsatzkräfte jederzeit zu öffnen ist. Neben dem Hauptzugang (Hagmanngarten) ist ein Hinweisschild montiert, dass auf die Notausstiege im Innenhof hinweist. Die Kennzeichnung bleibt erhalten. Eine zusätzliche Kennzeichnung wird am Tor, Gathergang, montiert.

Die äußere Brüstungshöhe beträgt im Erdgeschoss 2,67 m bis 2,785 m und im Obergeschoss 6,51 m bis 6,60 m. Die Notausstiege sind mit der tragbaren Leiter zu erreichen.

Die Fenster, die in den oben genannten Räumen als Notausstieg dienen, verfügen nur teilweise über lichte Durchstiegsmaße von mindestens 0,90 m / 1,20 m. Es bestehen keine Bedenken die Abweichung von § 37 Abs. 5 BauO NRW nach § 50 Abs. 1 BauO NRW zuzulassen, wenn die Rettungsfenster unter Berücksichtigung von Denkmalschutzaufgaben derart umgebaut werden, dass ein Mindestdurchstiegsmaß von 0,80 m / 1,00 m i.L. eingehalten wird (Runderlass vom 25. November 2019, MHKBG). Die Brüstungshöhe beträgt jeweils nicht mehr als 1,20 m.

Vor den Rettungsfenstern wird eine Aufstellfläche für die Geräte der Feuerwehr (tragbare Leiter: 2 m * 2 m, ohne Querneigung, max. Gefälle 5%) in einem Abstand von 1 m bis 1,5 m vor den Rettungsfenstern ständig freigehalten. Die Rettungsausstiege werden innen- und außenseitig jederzeit frei zugänglich sein.

Das Rettungsfenster im Raum Unterricht 5 MS wird mit dem Hubrettungsfahrzeug angeleitet (siehe hierzu auch Ziffer 1 und Brandschutzplan 1).

5.6 Brandschutztüren und Türen im Verlauf von Flucht- und Rettungswegen

Feuerschutzabschlüsse müssen für den Brandfall geeignete Schlösser mit einem ausreichenden Falleneingriff haben, damit bei Druckunterschieden aufgrund eines Brandes ein Öffnen und damit eine Brandausbreitung verhindert werden. Die Feuerschutzabschlüsse sind dann dauerhaft selbstschließend, wenn die Kriterien der Dauerfunktion nach DIN 4102-18:1991-03 erfüllt sind.

Ein Feuerschutzabschluss darf offengehalten werden, wenn er zur Verhinderung der Brandausbreitung mit einer Einrichtung versehen ist, die bei Einwirkung eines Brandes, insbesondere bereits bei Raucheinwirkung, dauerhaft das unverzügliche und sichere Schließen des Feuerschutzabschlusses gewährleistet (Feststellanlage). Für Feststellanlagen werden allgemeine Bauartengenehmigungen erteilt. Für die einzelnen Geräte der Feststellanlage sind Leistungserklärungen nach der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 oder ein Übereinstimmungsnachweis nach Landesbauordnung erforderlich. Für Geräte/ Gerätekombinationen, die nicht von den einschlägigen Normen in diesem Bereich erfasst sind, erteilt das DIBt allgemeine bauaufsichtliche Zulassungen.

Werden Schließvorrichtungen an Türen im Verlauf von Flucht- und Rettungswegen verwendet, werden diese Türen auch von Menschen mit Behinderung zu öffnen sein. Die Bedienkräften und -momenten werden der Klasse 3 nach DIN EN 12217 entsprechen (z. B. 25 N zum Öffnen des Türblatts bei Drehtüren und Schiebetüren/ DIN 18040-1:2010-10).

An die dicht- und selbstschließenden Türen werden keine Anforderungen hinsichtlich des Brandschutzes gestellt (keine Feuerschutzabschlüsse). Die Bauaufsicht wird gebeten die Zulässigkeit der Verwendung von Türhebern an diesen Türen zu prüfen. Aus Sicht der Brandschutzkonzeptstellerin ist deren Verwendung selbst bei Feuerschutzabschlüssen über Ziffer 2.4.2 DIN 4108 Teil 18 gedeckt, da die Auflistung der gebräuchlichen Schließmittel an Feuerschutzabschlüssen nicht abschließend ist. In dieser Liste sind sogar Kontergewichtsanlagen als zulässige Schließmittel an Feuerschutzabschlüssen genannt. Türen mit Türhebern schließen selbsttätig und erfüllen die Anforderung der Barrierefreiheit (geringer Kraftaufwand beim Öffnen). Sie sollen nur an Türen zum Einsatz kommen, die keinen Feuerwiderstand, oder Rauchschutzfunktion erfüllen müssen – also nur an dicht- und selbstschließenden Türen.

Während des Betriebes müssen alle Türen im Verlauf von Rettungswegen in Fluchtrichtung durchgängig sein. Zur Erreichung dieses Ziels werden die Türschlösser nicht abschließbar (z.B. Blindzylinder) oder mit Panikfunktion hergestellt.

Türen im Verlauf von Flucht- und Rettungswegen sowie die Notausgänge werden jederzeit leicht und ohne fremde Hilfsmittel zu öffnen sein. Leicht zu öffnen bedeutet, dass die Öffnungseinrichtung gut erkennbar und an zugänglicher Stelle angebracht ist. Die Betätigungsart muss leicht verständlich und das Öffnen mit nur geringer Kraft (<25 N) möglich sein. Ohne besondere Hilfsmittel bedeutet, dass die Tür im Gefahrenfall unmittelbar von jeder Person geöffnet werden kann (z.B. durch die Verwendung von Blindzylindern, oder Schlössern mit Panikfunktion). Notausgänge und Notausstiege dürfen insbesondere durch Sonnenschutzvorrichtungen und Einbruchsicherungen

nicht unbenutzbar werden. Sind diese Vorrichtungen erforderlich, müssen sie sich von innen jederzeit und ohne weitere Hilfsmittel öffnen lassen.

Gegenstände jeglicher Art an selbstschließenden Türen, die das selbsttätige Schließen verhindern, sind unzulässig (z.B. Schlaufen/ Bänder). Gleiches gilt für Gegenstände innerhalb des Schließradius (z.B. Holzkeile). Die Türen müssen jederzeit selbsttätig schließen.

5.7 Kennzeichnung der Rettungswege und Bedienstellen sicherheitstechnischer Anlagen und Einrichtungen

Die Flucht- und Rettungswege werden durch Hinweisschilder nach DIN EN ISO 7010 derart gekennzeichnet, dass die Notausgänge auch von Personen ohne nähere Ortskenntnisse sicher aufgefunden werden können. Es werden die Ausgänge ins Freie und Richtungswechseln dauerhaft und gut sichtbar gekennzeichnet. Die Vollständigkeit der Rettungswegkennzeichnung wird im Zuge der Maßnahmen überprüft, angepasst und ggf. ergänzt. Es wird darauf geachtet, dass Rettungskennzeichen senkrecht zur Blickrichtung der Flüchtenden montiert werden. Werden sie parallel zur Blickrichtung der Flüchtenden montiert -was in der Praxis relativ häufig passiert- sind die Rettungskennzeichen nicht erkennbar!

Die Rettungswegkennleuchten werden über eine Sicherheitsstromversorgung verfügen (z.B. netzgepufferte Einzelbatterieleuchten) und derart angeordnet, dass eine Orientierung im Raum auch beim Ausfall der Allgemeinbeleuchtung über einen Zeitraum von mindestens 30 Minuten möglich ist.

Bei der Auswahl der Sicherheitszeichen wird der Zusammenhang zwischen Erkennungsweite und Größe des Rettungszeichens (siehe ASR A1.3) berücksichtigt.

Bei der Kennzeichnung der Rettungswege werden die Anforderungen der DIN 18040 beachtet (z.B. Sicherheitsmarkierungen an Glastüren, kontrastreiche Gestaltung der Rettungswege).

Manuelle Bedienungs- und Auslösestellen von Öffnungen zur Rauchableitung sind in der Farbe „Tieforange“, RAL 2011, und der Beschriftung „Rauchabzug“ gekennzeichnet.

5.8 Rettungs- und Verkehrswege im Außenbereich

.... keine Änderungen.

Die Rettungswege außerhalb des Gebäudes verlaufen über befestigte Wege bis zu den öffentlichen Verkehrsflächen.

Auf Rettungswegen außerhalb des Gebäudes und auf Aufstell- und Bewegungsflächen für die Feuerwehr ist es verboten, Kraftfahrzeuge oder Gegenstände abzustellen oder zu lagern.

6. höchstzulässige Zahl der Nutzer/ Nutzungsbeschränkung

... siehe Ziffer 5.1.

7. Haustechnische Anlagen

7.1 Allgemeine Anforderungen

Bei der Installation oder Änderung sicherheitsrelevanter Komponenten werden alle gängigen Normen und Zulassungsbedingungen beachtet. Alle turnusgemäßen Prüfungen werden durch den Betreiber rechtzeitig angeordnet und dokumentiert.

Es wird auf das Bundesgesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz – EnWG:2005/2023) verwiesen. Im Teil 6 Sicherheit und Zuverlässigkeit der Energieversorgung findet sich:

§ 49 Anforderungen an Energieanlagen

(1) Energieanlagen sind so zu errichten und zu betreiben, dass die technische Sicherheit gewährleistet ist. Dabei sind vorbehaltlich sonstiger Rechtsvorschriften die allgemein anerkannten Regeln der Technik zu beachten.

(2) Die Einhaltung der allgemein anerkannten Regeln der Technik wird vermutet, wenn bei Anlagen zur Erzeugung, Fortleitung und Abgabe von

1. Elektrizität die technischen Regeln des Verbandes der Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik e. V. (VDE),

2. Gas die technischen Regeln der Deutschen Vereinigung des Gas- und Wasserfaches e.V. eingehalten worden sind (DVGW).

Da keine dieser Regeln eingeführte technische Baubestimmung sind, wird auf die Beweislastumkehr bei Nichteinhaltung hingewiesen.

7.2 Aufzüge/ Feuerwehraufzug

... nicht vorhanden.

7.3 Leitungsanlagen

Bei der Verlegung von Leitungsanlagen durch feuerwiderstandsfähige, raumabschließende Wände und Decke sowie innerhalb von Flucht- und Rettungswegen werden die Vorgaben der Muster-Leitungsanlagen-Richtlinie (MLAR) vollumfänglich beachtet.

Dies bedeutet insbesondere:

- Bei der Führung von Leitungsanlagen durch raumabschließende Wände und Decken mit Anforderung an den Feuerwiderstand werden die Leitungen mit Abschottungen versehen, die der Feuerwiderstandsdauer des durchdrungenen Bauteils entsprechen. Die Erleichterungen der Ziffer 4.2 M-LAR dürfen in Anspruch genommen werden.
- Alternativ ist die Führung in Installationsschächten und –kanälen aus nicht brennbaren Baustoffen mit Schottung sämtlicher Ein- und Ausgänge möglich. Die erforderliche Feuerwiderstandsdauer der Installationsschächte/ –kanäle und ihrer Schotts ergibt sich aus der höchsten Feuerwiderstandsklasse der durchdrungenen Bauteile.
- Bei der Führung von Leitungsanlagen durch raumabschließende Wände ohne Feuerwiderstand werden die Restspalte vollständig ausgefüllt (z.B. mit nichtbrennbaren Baustoffen oder mit im Brandfall aufschäumenden Baustoffen).
- Der Mindestabstand zwischen Abschottungen, Installationsschächten oder -kanälen sowie der erforderliche Abstand zu anderen Durchführungen (z. B. Lüftungsleitungen) oder anderen Öffnungsverschlüssen (z. B. Feuerschutztüren) ergibt sich aus den Bestimmungen der jeweiligen Verwendbarkeits- oder Anwendbarkeitsnachweise; fehlen entsprechende Festlegungen, ist ein Abstand von mindestens 50 mm erforderlich.
- Leitungsanlagen dürfen in tragende, aussteifende oder raumabschließende Bauteile sowie in Bauteile von Installationsschächten und –kanälen nur so weit eingreifen, dass die erforderliche Feuerwiderstandsfähigkeit über den Restwandquerschnitt erhalten bleibt.
- Leitungsanlagen, die oberhalb von Unterdecken verlegt werden, werden derart sicher befestigt, dass sie im Brandfall keine Last auf die Unterdecke abgeben.
- Messeinrichtungen und Verteiler werden gegenüber den notwendigen Treppenträumen durch mindestens feuerhemmende Bauteile aus nicht brennbaren Baustoffen abgetrennt. Öffnungen in diesen Bauteilen werden durch mindestens feuerhemmende Abschlüsse aus nicht brennbaren Baustoffen mit umlaufender Dichtung geschlossen.
- Messeinrichtungen und Verteiler innerhalb der notwendigen Flure werden durch Bauteile aus nichtbrennbaren Baustoffen mit geschlossenen Oberflächen abgetrennt; Öffnungen in diesen Bauteilen werden mit Abschlüssen aus nichtbrennbaren Baustoffen, geschlossener Oberflächen und umlaufender Dichtung verschlossen.

Im Zuge der Umbaumaßnahmen werden die vorhandenen Leitungsanlagen überprüft und festgestellte Mängel behoben. Im 2. Dachgeschoss werden Leitungsanlagen weitestgehend zurückgebaut; verbleibende Leitungsanlagen werden

hochfeuerhemmend gekapselt und unumgängliche technische Anlagen regelmäßig überprüft (mindestens 1-mal jährlich, z.B. Biss-Spuren).

Im notwendigen Flur des Untergeschosses ist eine rauchoffene Unterdecke vorhanden. Es wird kontrolliert, ob oberhalb der Unterdecke verlaufende Leitungsanlagen gemäß MLAR verlegt sind. Ggf. erforderliche Anpassungsmaßnahmen werden umgesetzt. Innerhalb des notwendigen Flures werden ausschließlich nicht brennbare Baustoffe verwendet.

7.4 Feuerstätten, Abgasanlagen, Brennstofflagerung

... keine Änderungen, jedoch Überprüfung des Notschalter-Feuerung.

Die bestehende Gas-Feuerstätte >100 kW ist in einem Aufstellraum installiert. Der Raum wird nicht anderweitig genutzt und hat gegenüber anderen Räumen keine Öffnungen, ausgenommen der Türöffnung zum notwendigen Flur. Bei dieser Tür muss es sich um eine bauaufsichtlich zugelassene Brandschutztür aus nicht brennbaren Baustoffen handeln (siehe Baugenehmigung vom 24.10.1988: Ziffer 6 Stellungnahme der Feuerwehr vom 19.9.1988). Diese Tür zeigt deutliche Gebrauchsspuren und wird hinsichtlich ihrer Dichtungen und Selbstschließfunktion überprüft. Sollte die Tür erneuert werden müssen, wird die neue Tür mindestens dicht- und selbstschließend hergestellt (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 FeuVO NRW). Der Raum kann über Fenster in der Südwestfassade gelüftet werden.

Der Notaus-Taster befindet sich im Verlauf des notwendigen Flurs, vor dem Aufstellraum der Feuerstätte. Er ist in seiner Ausführung mit einem manuellen Brandmelder zu verwechseln.



2 bestehender Notaus-Schalter Heizung

Die Ausführung und Farbkennzeichnung des Tasters wird mit der Feuerwehrdienststelle abgestimmt und gemäß deren Vorgaben ggf. erneuert. Neben dem Notschalter wird ein deutlich erkennbares Schild mit der Aufschrift „NOTSCHALTER-FEUERUNG“ montiert (§ 5 Abs. 3 FeuVO).

7.5 Aufbewahrung fester Abfallstoffe

... keine Änderungen. Räume für die Aufbewahrung fester Abfallstoffe sind nicht vorhanden (§ 44 BauO NRW).

Die Standflächen für Abfallbehälter befinden sich im Innenhof. Die Abfalltonnen aus brennbaren Baustoffen stehen mit einem Abstand von mehr als 3 m zum beurteilten Gebäude.

Hinweis: die Abfalltonnen stehen unmittelbar an der Fassade eines Gebäudes, dass im Rahmen dieses Brandschutzkonzeptes nicht beurteilt wird. Der empfohlene Abstand von 3 m zu dessen Fassade mit Öffnungen wird unterschritten. Aus Sicht des vorbeugenden Brandschutzes wird eine geschlossene Einhausung aus nichtbrennbarem Material empfohlen, die ohne Öffnung zum Nebengebäude errichtet wird (z.B. aus Stahl oder Beton; siehe DIBt-Newsletter 03/2015 vom 21.06.2015) oder die Position derart verändert, dass ein Abstand von mindestens 3 m zu den Fassaden eingehalten wird.

7.6 Blitz- und Überspannungsschutzanlage

... keine Änderungen.

Das Gebäude ist mit einer dauernd wirksamen Blitzschutzanlage versehen.

7.7 Sicherheitsbeleuchtung

Beide Treppenträume, die notwendigen Flure im UG und DG, die Räume der Nutzungseinheit *Standesamt* sowie die Außentreppe _{UG} erhalten eine Sicherheitsbeleuchtung (z.B. in Form netzgepufferter Einzelbatterieleuchten und Einzelbatterie-Rettungswegkennleuchten). Die Leuchten werden derart angeordnet, dass beim Ausfall der allgemeinen Stromversorgung eine Orientierung im Raum und die Erkennbarkeit von Stufen im Verlauf der Flucht- und Rettungswege über einen Zeitraum von mindestens 30 Minuten gewährleistet ist (siehe auch Ziffer 5.4 – Stufenbeleuchtung notwendiger Flur, UG).

7.8 Wiederkehrende Prüfungen

Sofern die Prüfung technischer Anlagen durch Prüfsachverständige von der Bauaufsicht angeordnet wird, werden die zu prüfenden technischen Anlagen in der Baugenehmigung benannt. Infrage kommen insbesondere folgende Anlagen:

- Sicherheitsbeleuchtung und Sicherheitsstromversorgungsanlagen (hier: Rettungswegkennleuchten)
- Elektrische Anlagen

(§ 1 Abs. 1 Nr. 11 PrüfVO NRW)

Alle übrigen technischen Anlagen werden gemäß Herstellerangaben und arbeitsrechtlichen Vorgaben sowie des Unfallschutzes regelmäßig überprüft (z.B. DGUV Information 203-071- Wiederkehrende Prüfungen elektrischer Anlagen und Betriebsmittel).

8. Lüftungsanlagen

... nicht vorhanden. Die Räume sind über zu öffnende Fenster belüftet.

9. Einrichtungen zum Rauch- und Wärmeabzug

... keine Änderung.

Der notwendige Treppenraum *T1* verfügt über eine *Öffnung zur Rauchableitung*, die in das höchst gelegene Fenster integriert ist (siehe hierzu auch: Stellungnahme der Feuerwehr vom 19.9.1988; AZ 63-22-04304/88). Die vorhandene Öffnungsfläche ist kleiner als 1 m² (Beschreibung der Abweichung – siehe Ziffer 5.3). Bedienstellen befinden sich im Erdgeschoss und am obersten Treppenabsatz, 1.Dachgeschoss.

Im Untergeschoss sind zu öffnende Fenster in allen brandschutztechnisch getrennten Teilflächen vorhanden, die zur Rauchableitung verwendet werden können. Die zu öffnenden Fensterflächen bleiben erhalten.

10. Alarmierungseinrichtungen und Alarmierungsanlagen

... keine Änderung.

Eine Alarmierungsanlage ist nicht vorhanden. Im Notfall werden Telefone und Mobiltelefone zur Alarmierung der Feuerwehr verwendet.

11. Einrichtungen und Geräte zur Brandbekämpfung

Tragbare Feuerlöscher werden an allgemein zugänglichen Stellen vorgesehen. Die Löschmitteleinheiten sind nachfolgend auf der Grundlage der derzeit gültige ASR A2.2 zusammengestellt:

Bereich	Fläche	erforderliche Löschmitteleinheiten
UG, Bibliothek	bis 100 m ²	9
UG, Lagerräume – Zugang über Gathergang	bis 100 m ²	9
UG, Lager/ Technik/ Putzr. - Zugang über Hagmanngarten	bis 100 m ²	9
EG, Einzugsbereich TR1 ohne AWO	bis 100 m ²	9
EG, AWO (Seniorentreff)	bis 100 m ²	9
EG, AWO (Büro, Besprechung)	bis 100 m ²	9
OG, Büro/ Standesamt	bis 100 m ²	9
OG, Musikschule	bis 200 m ²	12
1.DG, Musikschule	bis 200 m ²	12

Im Rahmen der wiederkehrenden Prüfungen werden die Löschmitteleinheiten überprüft und bei Änderung der Bemessungsgrundlage entsprechend angepasst.

Es werden Wasser- oder Schaumlöschern (Brandklasse A + B) vorgesehen. Im UG, Einzugsbereich Lagerräume *Hagmanngarten*, Löscher der Brandklasse A, B, C.

In der Küche der AWO wird zusätzlich ein Feuerlöscher vorgehalten, der auch bei Fettbränden eingesetzt werden kann.

Im Bereich elektrischer Anlagen (z.B. Serverraum) werden Feuerlöscher vorgehalten, die für die Brandbekämpfung im Bereich elektrischer Anlagen geeignet sind. Sie werden mit ihren Einsatzgrenzen gekennzeichnet (insbesondere maximalen Spannung und dem notwendigen Mindestabstand zwischen Löschmittelaustrittöffnung und Brandherd, z. B. bis 1000 V, Mindestabstand 1 m).

12. Sicherheitsstromversorgung, Funktionserhalt von sicherheitsrelevanten Anlagen und Einrichtungen

Die Rettungswegkennleuchten werden über eine Sicherheitsstromversorgung verfügen (z.B. netzgepufferte Einzelbatterieleuchten) und derart angeordnet, dass eine Orientierung im Raum auch beim Ausfall der Allgemeinbeleuchtung über einen Zeitraum von mindestens 30 Minuten möglich ist. Zur Rettungswegkennzeichnung siehe auch Ziffer 5.7.

13. Lage und Anordnung von Brandmeldeanlagen (BMA)

... keine Änderung.

Eine Brandmeldeanlage ist nicht vorhanden.

14. Grundzüge der funktionalen steuerungstechnischen Zusammenhänge

... hier nicht vorhanden.

15. Feuerwehrpläne

Für das Gebäude werden Feuerwehrpläne gemäß DIN 14095 erstellt. Bei der Erstellung werden die *Ausführungsbestimmungen der Feuerwehr Essen* beachtet und eingehalten. Die Pläne werden mit der Feuerwehrdienststelle abgestimmt und dieser in der gewünschten Anzahl und Art der Ausfertigung zur Verfügung gestellt.

16. Betriebliche Maßnahmen zur Brandverhütung und Brandbekämpfung

Die Arbeitgeber werden ihre Mitarbeiter gemäß den Vorgaben des Arbeitsstättenrechts in den Maßnahmen zum Brandschutz schriftlich und praktisch unterweisen.

16.1 Freihaltung der Rettungswege

Die Rettungswege werden in der notwendigen Breite ständig freigehalten. Zur Erfüllung dieser Anforderung werden die Rettungswege in kurzen, regelmäßigen Abständen durch den Betreiber kontrolliert und die Beseitigung abgestellter Gegenstände unmittelbar durchgesetzt.

16.2 Brandschutzordnung

Für das Gebäude wird in Einvernehmen mit der Feuerwehrdienststelle eine Brandschutzordnung nach DIN 14096 Teil A, B und C erstellen (§ 50 Abs. 1 BauO NRW).

Die Brandschutzordnung nach DIN 14096 Teil B wird gebäudespezifische Besonderheiten beschreiben sowie Festlegungen treffen, insbesondere über

- die Freihaltung von Rettungswegen
- die Aufgaben der Brandschutzbeauftragten
- die Maßnahmen im Falle eines Brandes
- die Regelungen über das Verhalten bei einem Brand und
- die Maßnahmen, die zur Rettung von Menschen mit Behinderungen erforderlich sind
- Nutzer der Räume AWO Besprechung (EG) und AWO Büro (EG) werden darauf hingewiesen im Notfall möglichst den direkten Ausgang ins Freie zu verwenden
- Umfang und zeitliche Abstände von Unterweisungen der Mitarbeiter
- Angaben über die Dokumentation der durchgeführten Übungen und Unterweisungen
- Maßnahmen zur Brandverhütung

Die Brandschutzordnungen müssen am Tage der Bauabnahme vorliegen.

16.3 Brandschutzbeauftragter

Es wird ein Brandschutzbeauftragter benannt (§ 50 Abs. 1 BauO NRW). Brandschutzbeauftragte haben die Aufgabe, die Einhaltung des genehmigten Brandschutzkonzeptes und der sich daraus ergebenden Anforderungen an den betrieblichen Brandschutz zu überwachen und dem Betreiber festgestellte Mängel zu melden. Aufgaben, Qualifikation, Ausbildung und Bestellung des Brandschutzbeauftragten wird sich an DGUV Information 205-003 orientieren.

Der Name des Brandschutzbeauftragten, und jeder Wechsel, wird der für den Brandschutz zuständigen Dienststelle mitgeteilt.

16.4 Brandschutzunterweisung

Alle Beschäftigten werden auf der Grundlage des Arbeitsstättenrechts im Brandschutz unterwiesen. Die Unterweisung beinhaltet insbesondere den Verlauf der Flucht- und Rettungswege in allen Geschossen.

Alle Beschäftigten werden darauf hingewiesen, dass Personen, die nur mit Assistenz das Gebäude betreten und verlassen können, während ihres Aufenthaltes in ständiger Begleitung ihrer Assistenzen sein sollen. Im Notfall hilfebedürftige Personen werden also nicht an der jeweiligen Nutzungseinheit abgegeben und später wieder abgeholt, sondern die Assistenzen bleiben während des Aufenthalts einer im Notfall hilfebedürftigen Person in deren Nähe anwesend. Die Assistenzen dürfen sich durch geeignete Personen vertreten lassen. Ziel ist es, hilfebedürftigen Personen jederzeit die individuell erforderliche Unterstützung geben zu können.

Die während der Betriebszeiten ständig anwesenden, und durch Brandschutzunterweisungen geschulten Beschäftigten, werden im Notfall die Räumung und Evakuierung unterstützen.

16.5 Flucht- und Rettungsplan

... bauordnungsrechtlich nicht gefordert. Anforderungen des Arbeitsstättenrechts bleiben unberührt.

Besonderer Hinweis: Der Arbeitgeber hat Flucht- und Rettungspläne für die Bereiche in Arbeitsstätten zu erstellen, in denen die Lage, die Ausdehnung oder die Art der Benutzung der Arbeitsstätte dies erfordert. Die Beurteilung und Ausführung erfolgt auf Grundlage einer durch den Arbeitgeber erstellten Gefährdungsbeurteilung (§ 3 ArbStättV/ Ziffer 9 ASR A2.3).

Die Erstellung von Flucht- und Rettungsplänen ist aus Sicht des vorbeugenden Brandschutzes wegen der Verbindung der beiden Gebäudeteile und der daraus resultierenden Rettungswegführung angemessen.

17. Verfahren nach Methoden des Brandschutzingenieurwesens

Es wurden keine Rechenverfahren nach den Brandschutzingenieurmethoden angewandt.

18. Abweichungen und ausgleichende Maßnahmen

Es wurden folgende Abweichung von bauaufsichtlichen Vorschriften in der hier beurteilten Teilfläche des Gebäudes festgestellt:

§ 27 Abs. 1 BauO NRW: Feuerwiderstand tragende Bauteile im Dachgeschoss

In den Dachgeschossen sind Teile des Tragwerkes mit Holzbauteilen und augenscheinlich nicht hochfeuerhemmend errichtet (Dachtragwerk). Der Glockenturm wurde in Holzbauweise konstruiert und offen an das 2. Dachgeschoss angebunden (Bestandsschutz/ Denkmalschutz). Es bestehen keine Bedenken wegen des Brandschutzes die Abweichung von § 27 Abs. 1 BauO NRW als Erleichterung nach § 50 Abs. 1 BauO NRW auch weiterhin zu gestatten, wenn die Nutzung zu Aufenthaltszwecken im 2. Dachgeschoss und im Turm dauerhaft untersagt wird. Die Nutzungsuntersagung ist auch wegen der fehlenden Rettungswege in diesen Flächen geboten. Das 2. Dachgeschoss und der Turm werden weitestgehend von Brandlasten befreit. Technische Anlagen und Leitungsanlagen werden weitestgehend zurückgebaut. Erforderliche Leitungsanlagen werden hochfeuerhemmend gekapselt und technische Anlagen regelmäßig überprüft (mindestens 1-mal jährlich, z.B. Biss-Spuren).

§ 31 Abs. 1 BauO NRW (Decken), § 34 Abs. 2 und 3 BauO NRW (Einschubtreppe/ Führung nicht in einem Zug über alle Geschosse), § 35 Abs. 4 BauO NRW (neue Treppenraumwand am T1/1.DG) sowie § 35 Abs. 4 Satz 3 BauO NRW (oberer Abschluss notwendiger Treppenträume)

Aus Sicht des vorbeugenden Brandschutzes bestehen keine Bedenken die Abweichungen von den vor genannten §§ der BauO NRW als Erleichterung nach § 50 Abs. 1 zu gestatten, wenn folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

- Nutzungsuntersagung 2. Dachgeschoss und Glockenturm durch die Bauaufsicht
- Einschubtreppen feuerhemmend, Brandbeanspruchung von oben und unten
- 2. Dachgeschoss und Turm werden weitestgehend von Brandlasten befreit. Hierzu werden sämtliche gelagerten Gegenstände entfernt und die Leitungsanlagen auf das unumgängliche Mindestmaß reduziert und regelmäßig kontrolliert (insbesondere Verteilerdosen, Bissspuren an Leitungsanlagen).
- Verbleibende Leitungsanlagen werden hochfeuerhemmend gekapselt und unumgängliche technische Anlagen regelmäßig überprüft (mindestens 1-mal jährlich, z.B. Biss-Spuren).
- der mindestens feuerhemmende Raumabschluss der Decke über 1.DG wird überprüft und festgestellte Mängel beseitigt.
- Bei Wärmedämm-Maßnahmen an der Decke über 1.DG werden nicht brennbare Dämmstoffe verwendet.

Löscharbeiten können von außen erfolgen. Wirksam sind Löscharbeiten auch dann, wenn der Brandabschnitt verloren geht (§ 14 BauO NRW; Famers/ Messerer, „Rettung von Personen“ und „wirksame Löscharbeiten“ - bauordnungsrechtliche Schutzziele mit Blick auf die Entrauchung, Ein Grundsatzpapier der Fachkommission Bauaufsicht).

§ 34 Abs. 4 BauO NRW: tragende Teile notwendiger Treppe

Die Holztreppe innerhalb des notwendigen Treppenraums T2 wurde durch die Baugenehmigung vom 16.05.1990 legalisiert (siehe Auflagen und Bedingungen, 090 in Verbindung mit der Stellungnahme der Feuerwehr vom 15.1.1990; Bestandsschutz).

§ 35 Abs. 5 Nr. 1 BauO NRW: brennbarer Einbau im Raum zwischen notwendigen Treppenraum und Ausgang ins Freie

Treppenraumseitig ist ein Infokasten mit Glas-Schiebeelementen und Holzrahmen vorhanden (siehe Ziffer 5.3).

Es bestehen keine Bedenken wegen des Brandschutzes die Abweichung von § 35 Abs. 5 Nr. 1 BauO NRW als Erleichterung nach § 50 Abs. 1 BauO NRW zu gestatten, da der Holzrahmen der ehemaligen Durchreiche vergleichbar mit der Brandlast und Brandgefahr eines zulässigen Holztürrahmens ist. Der mindestens hochfeuerhemmende und mechanisch belastbare Raumabschluss (hfh + m) zwischen Treppenraum und der heutigen „Teeküche AWO“ wird jedoch überprüft. Gegebenenfalls erforderliche Ertüchtigungsmaßnahmen werden umgesetzt. Der Nachweis über den geforderten Raumabschluss wird der Feuerwehرداریsstelle vorgelegt.

Der notwendige Treppenraum kann zusätzlich über einen Ausgang im Untergeschoss verlassen werden, der über einen notwendigen Flur erreichbar ist (siehe Brandschutzplan Nr. 2).

§ 35 Abs. 4 Nr. 1 BauO NRW: neuer Treppenraumwandabschnitt im 1.DG, TR 1

Im 1. Dachgeschoss wird der neue Treppenraumwandabschnitt mindestens hochfeuerhemmend mit nicht brennbaren Baustoffen, voraussichtlich jedoch ohne Widerstand gegen zusätzliche mechanische Beanspruchung und einem nicht zulassungskonformen Deckenanschluss errichtet. Die neue Treppenraumwand kann nur an die feuerhemmende Holzbalkendecke über dem 1.DG angeschlossen werden. Die stat.-konstruktive Ausbildung des Wandanschlusses wird durch einen qualifizierten Tragwerksplaner überprüft. Dieser Wandabschnitt trennt den Treppenraum vom notwendigen Flur, der zukünftig die beiden Treppenträume verbindet. Es bestehen keine Bedenken wegen des Brandschutzes eine Abweichung von § 35 Abs. 4 Nr. 1 BauO NRW als Erleichterung nach § 50 Abs. 1 BauO NRW zu gestatten, da der neue notwendige Flur Schutz vor einer direkten Brandbeaufschlagung des Anschlusspunktes Wand/Decke bietet. Weitere Brandschutzmaßnahmen zum 2. Dachgeschoss sind unter Ziffer 5.2 beschrieben.

§ 35 Abs. 8 BauO NRW: Öffnungen zur Rauchableitung, TR 1

Der notwendige Treppenraum ist beleuchtet und kann zur Unterstützung wirksamer Löscharbeiten entraucht werden. Zu öffnende Fenster befinden sich am Treppenlauf UG-EG.

Am Treppenlauf vom Erdgeschoss zum 1. Dachgeschoss sind historische Verglasungen vorhanden. Diese Fenster können nicht geöffnet werden. Zur Kompensation der Abweichung von § 35 Abs. 8 BauO NRW:2018/2023 bzw. § 33 Abs. 10 BauO NRW:1984 ist eine Öffnung zur Rauchableitung am höchst gelegenen Fenster der Treppenraumaußenwand installiert worden (siehe Stellungnahme der Feuerwehr zum Bauantrag vom 28.7.1988). Bedienstellen sind im Erdgeschoss und am obersten Treppenabsatz vorhanden. Die Öffnungsfläche unterschreitet das Maß von 1 m². Das Öffnungsmaß im Lichten beträgt etwa 0,9 m / 0,85 m = 0,76 m². Seitens der Linksunterzeichnerin wird davon ausgegangen, dass Gründe des Denkmalschutzes gegen eine Vergrößerung der Fensterfläche sprachen. Es bestehen keine Bedenken wegen des Brandschutzes die Abweichung von § 35 Abs. 8 BauO NRW:2018/2023 und § 33 Abs. 10 BauO NRW:1984 auch weiterhin als Erleichterung nach § 50 Abs. 1 BauO NRW zu gestatten, da die Rauchableitung -wenn auch eingeschränkt- möglich ist (Bestandsschutz).

§ 35 Abs. 8 BauO NRW: Öffnungen zur Rauchableitung, TR 2

Der notwendige Treppenraum TR2 ist beleuchtet und natürlich belichtet. Er kann zur Unterstützung wirksamer Löscharbeiten im UG, EG und 1.OG über zu öffnende Fenster entraucht werden. Im 1. Dachgeschoss fehlt ein zu öffnendes Fenster. Es bestehen keine Bedenken wegen des Brandschutzes die Abweichung von § 35 Abs. 8 Nr. 1 BauO NRW weiterhin als Erleichterung nach § 50 Abs. 1 BauO NRW zu gestatten, da alle

Übrigen Treppenraumfenster mindestens 0,5 m² groß sind. Die ins Freie führenden Fenster des Treppenraums unterstützen die Belichtung des Treppenraums und schaffen die notwendige Transparenz, den Treppenraum von außen her – insbesondere im Gefahrenfall – einzusehen. Diese Schutzziele werden erfüllt. Die Forderung nach zu öffnenden Fenstern >0,50 m² pro Geschoss bestand bereits zum Zeitpunkt der Baugenehmigung 63-22-07123/89 vom 16.5.1990 (siehe § 33 Abs. 9 BauO NRW_1984; Bestandsschutz/ Denkmalschutz). Der genehmigte Bestand wird durch den neu geschaffenen 2. baulichen Rettungsweg im Dachgeschoss verbessert. Der Feuerwehr steht nach Umsetzung der in diesem Brandschutzkonzept beschriebenen Maßnahmen auch der Treppenraum T1 als Rettungsweg in das DG zur Verfügung. Zu öffnende Fenster, oder eine *Öffnung zur Rauchableitung*, sichern nicht den Flucht- und Rettungsweg (siehe § 35, zu Absatz 8, HE-BauO NRW:2018). Ist der Treppenraum verraucht, wird der zweite Flucht- und Rettungsweg verwendet.

§ 35 Abs. 5 BauO NRW: brennbarer Einbau, T2

Ein Einbau in Form einer Abtrennung zum Treppenlauf UG-EG ist mit Holzwerkstoffen im Bestand vorhanden. Es bestehen keine Bedenken wegen des Brandschutzes die Abweichung von § 35 Abs. 5 BauO NRW:2018/2023 bzw. § 33 Abs. 3 BauO NRW:1984 auch weiterhin als Erleichterung nach § 50 Abs. 1 BauO NRW zu gestatten, da die gesamte Treppe in Holzbauweise errichtet und als solche genehmigt ist (siehe Baugenehmigung vom 16.05.1990 und Ziffer 5.2)

§ 36 Abs. 2 Satz 2 BauO NRW: Stufen im Verlauf von Rettungswegen

Im Verlauf des notwendigen Flures ist eine Stufenfolge mit weniger als 3 Steigungen vorhanden. Es bestehen keine Bedenken wegen des Brandschutzes die Abweichung von § 36 Abs. 2 Satz 2 BauO NRW auch weiterhin nach § 50 Abs. 1 BauO NRW zuzulassen, wenn die Stufenvorderkante kontrastreich gekennzeichnet und im Bereich der Stufenfolge durch eine netzgepufferte Einzelbatterieleuchte die Erkennbarkeit der Stufen auch beim Ausfall der allgemeinen Stromversorgung sichergestellt wird.

§ 37 Abs. 5 BauO NRW: lichte Öffnungsmaße Rettungsfenster

Die Fenster, die als Notausstieg dienen (siehe Ziffer 5.5), verfügen nur teilweise über lichte Durchstiegsmaße von mindestens 0,90 m / 1,20 m. Es bestehen keine Bedenken die Abweichung von § 37 Abs. 5 BauO NRW nach § 50 Abs. 1 BauO NRW zuzulassen, wenn die Rettungsfenster unter Berücksichtigung von Denkmalschutzauflagen derart umgebaut werden, dass ein Minstdurchstiegsmaß von 0,80 m / 1,00 m i.L. eingehalten wird (Runderlass vom 25. November 2019, MHKBG). Die Brüstungshöhe beträgt jeweils nicht mehr als 1,20 m.

Brandschutzmaßnahmen während der Bauausführung

Während der Bauzeit werden vorbeugende Brandschutzmaßnahmen betrieblicher Art getroffen. Auf das Merkblatt der VdS Schadenverhütung – Brandschutz bei Bauarbeiten – VdS – (Form 2021) wird hingewiesen.

Brennbare Abfallstoffe werden täglich aus dem Objekt entfernt. Werden auf der Baustelle Großbehälter (Container) für brennbare Abfallstoffe aufgestellt, wird der Abstand von baulichen Anlagen mindestens 5 m betragen.

Bei feuergefährlichen Arbeiten – z.B. Schweißen, Abbrennen, Schneiden – sowie beim Umgang mit offener Flamme in Verbindung mit brennbaren Baustoffen, werden geschulte Brandschutzwachen aufgestellt. Es werden Sicherungsmaßnahmen gegenüber brennbaren Baustoffen und Bauteilen durchgeführt (z.B. temporäres entfernen, abdecken oder abschirmen mit nicht brennbaren Baustoffen, Sicherheitsabstände) sowie geeignete Feuerlöschgeräte bereitgehalten und Nachkontrollen durchgeführt.

Weiterhin werden die für die Feuerwehr erforderlichen Zugänge, Aufstell- und Bewegungsflächen nicht verstellt. Sie werden jederzeit ohne weitere Maßnahmen zu verwenden sein.

Schlussbemerkungen

Das Brandschutzkonzept integriert unterschiedliche brandschutztechnische Maßnahmen (bauliche, installationstechnische, betrieblich-organisatorische Maßnahmen). Es wird darauf hingewiesen, dass der Personenschutz nur gewährleistet werden kann, wenn alle Bestandteile des Brandschutzkonzepts berücksichtigt werden. Änderungen in Teilbereichen des Brandschutzkonzepts greifen in die brandschutztechnische Sicherheitskonzeption des gesamten Gebäudes ein und sind ohne vorherige Abstimmung mit der Aufstellerin des Brandschutzkonzepts unzulässig.

Nach der fachgerechten Umsetzung aller beschriebenen baulichen, anlagentechnischen und betrieblichen Maßnahmen, bestehen seitens der Unterzeichnerin in brandschutztechnischer Hinsicht keine Bedenken gegen die Nutzung des Gebäudes.

Sollten im Zuge des Genehmigungsverfahrens von Seiten der Bauaufsicht oder der Brandschutzdienststelle Prüfhinweise eingetragen werden, sind diese verbindlich und bei der weiteren Planung zu beachten.

Es wird darauf hingewiesen, dass über die bauordnungsrechtlich erforderlichen Maßnahmen hinaus, weitergehende Anforderungen an den Brandschutz aus versicherungsrechtlichen Erwägungen bzw. aus Eigenschutzgründen erforderlich werden können.



Unterschriften

Dortmund, den 28. November 2025

Angelika Stenzel-Twinbear



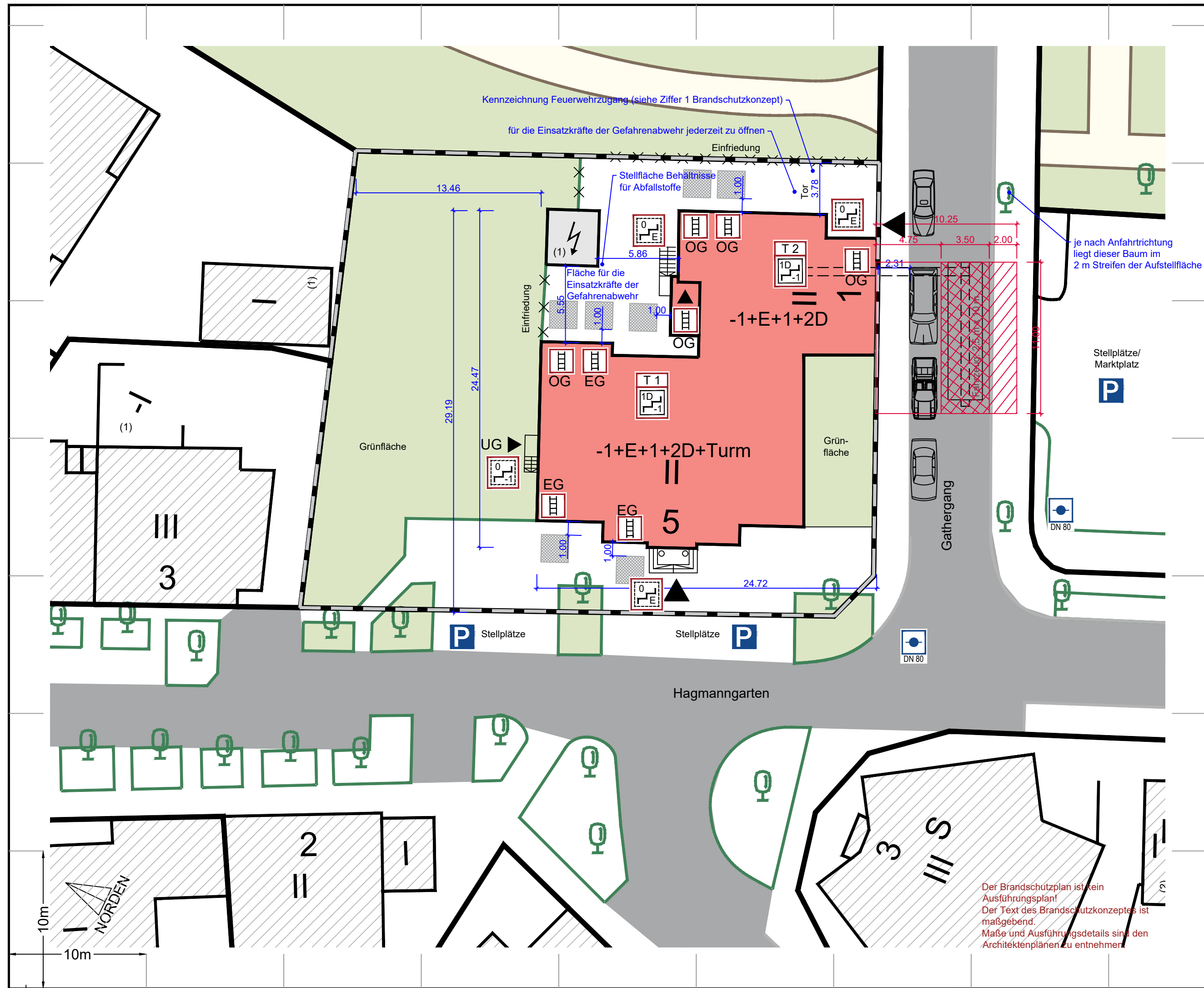
Architektin (AkNW), Dipl.-Ing. (TU), Fachingenieurin (IngKH) für Brandschutz (FI-BS 1028)
Fachingenieurin (IngKH) für Barrierefreies Planen und Bauen (FI-BPB-1046)
Bauaufsichtlich anerkannte Nachweisberechtigte vorbeugender Brandschutz,
eingetragen bei der Architektenkammer Hessen unter der Nummer 751093-B-AKH

Unterschrift Entwurfsverfasserin gem. § 54 Abs. 2 BauO NRW

Essen, den

Insaf Bozkurt

Dipl.-Ing. Architektin AKNW



LEGENDE

- Hauptzugang Feuerwehr
- Gebäudeeingang
- T... Treppenraum: mit brandschutz-technisch bemessener baulicher Abtrennung, erreichbare Geschosse, mit Treppenraumbezeichnung
- +5/-1 Treppe oder Treppenraum: ohne brandschutztechnisch bemessene bauliche Abtrennung, erreichbare Geschosse
- Aufstellfläche tragbare Leiter 2 m * 2 m
- Anleiterstelle
- Unterflur-Hydrant DN 80
- Baum
- Parkplatz

REVISION A BRANDSCHUTZKONZEPT

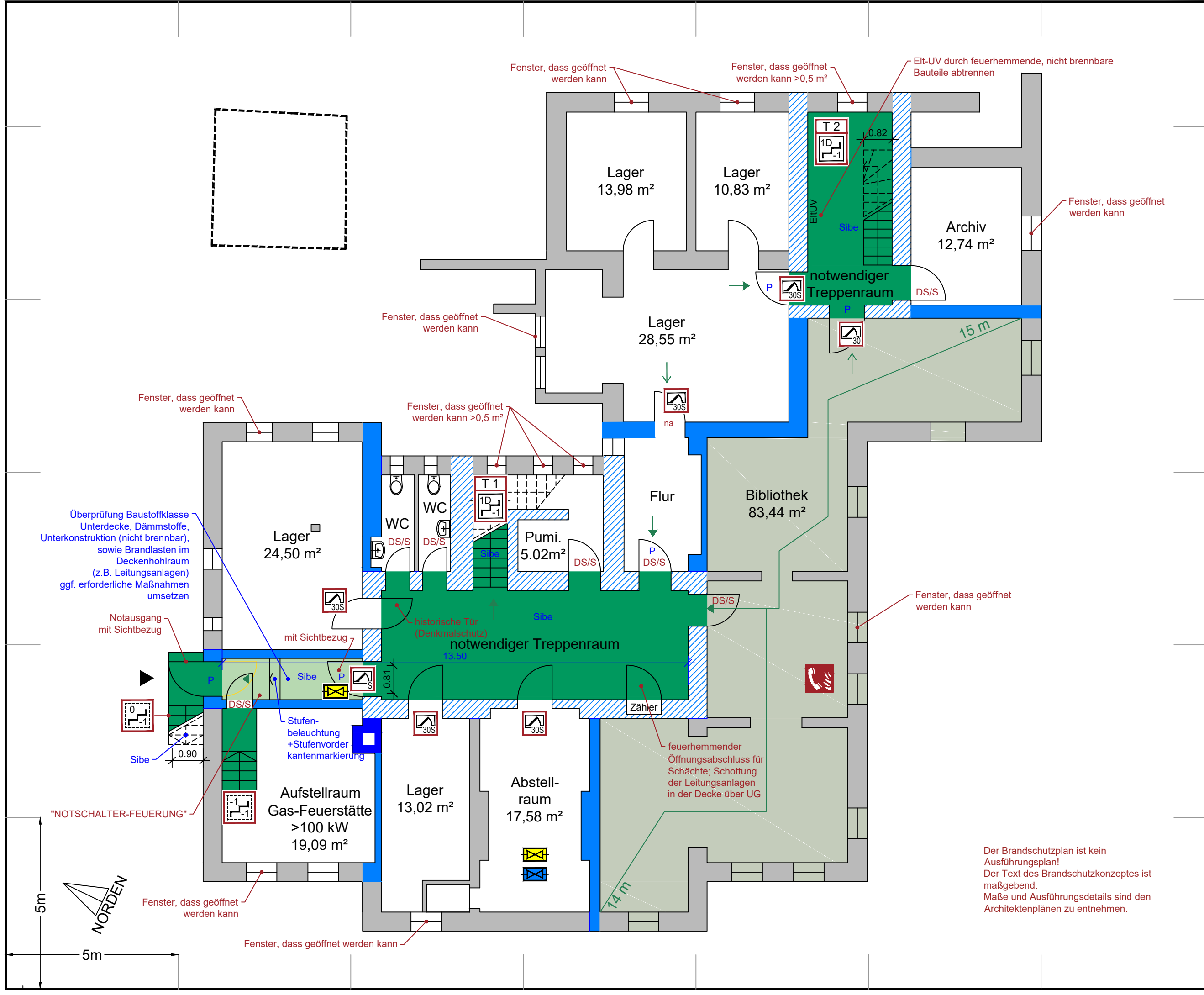
Brandschutzsanierung und Fluchtwegbypass im OG
Hagmann Garten 5/ Gatheringgang 1
45259 Essen

ÜBERSICHTSPLAN

M: 1:250 Stand: 11/2025

Brandschutz-Ingenieurwesen.de
Lange Str. 58 | 44137 Dortmund

Nr. 1



LEGENDE

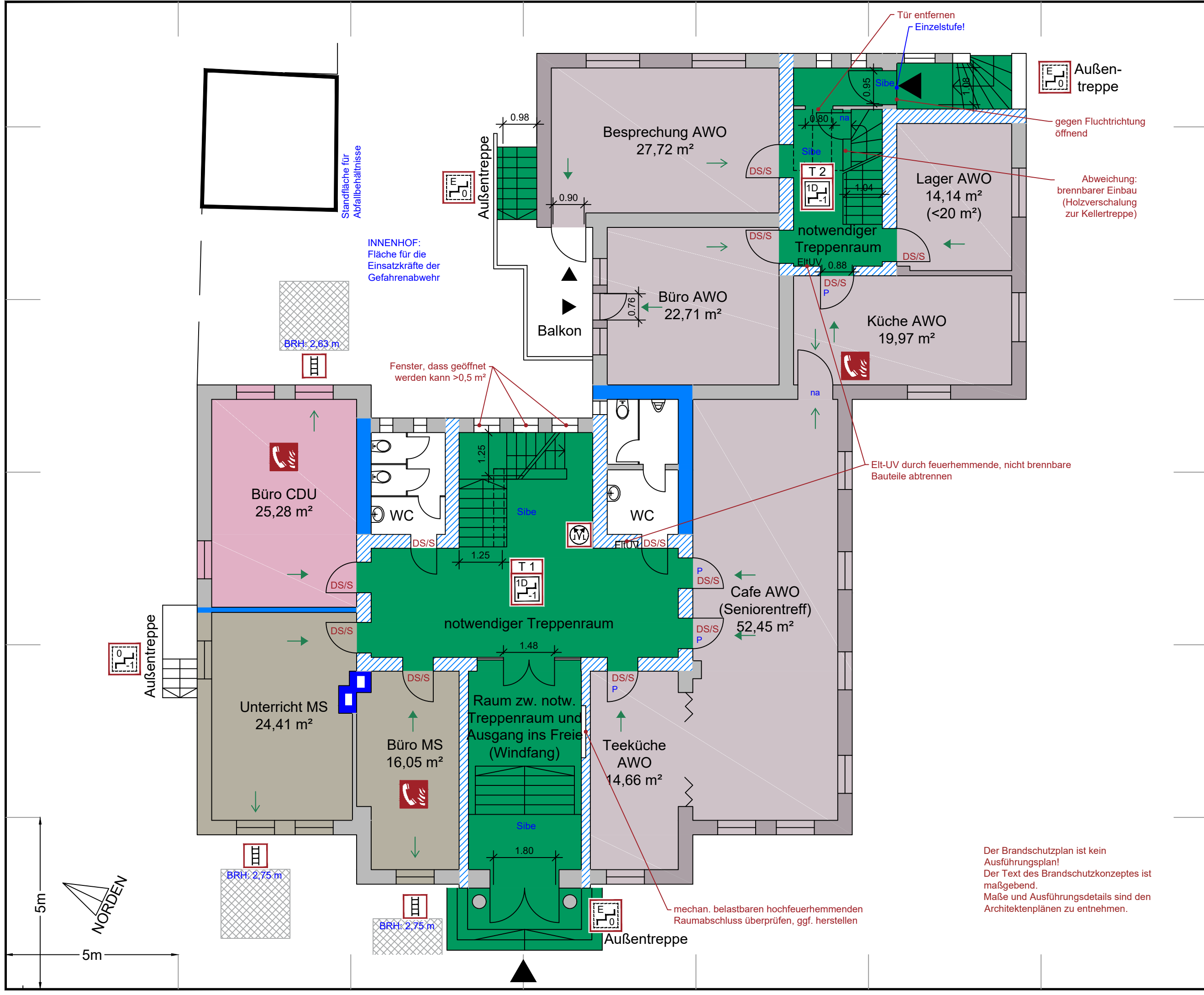
- Gebäudeeingang
- notwendiger Treppenraum/ vertikaler Rettungsweg
- notwendiger Flur
- Nutzungseinheit Bibliothek (ca. 103 m²)
- Nutzungseinheit Musikschule (ca. 46 m²)
- hochfeuerhemmend+M
- M widerstandsfähig gegen zusätzliche mechanische Beanspruchung
- hochfeuerhemmend
- feuerbeständig
- T... Treppenraum: mit brandschutz-technisch bemessener baulicher Abtrennung, erreichbare Geschosse, mit Treppenraumbezeichnung
- +5-1 Treppe oder Treppenraum: ohne brandschutztechnisch bemessene bauliche Abtrennung, erreichbare Geschosse
- 0 = Geländeoberfläche
- 30S feuerhemmender, rauchdichter, selbstschließender Feuerschutzabschluss (EI₂30-S₂₀₀C5)
- 30 feuerhemmender, dicht- und selbstschließender Feuerschutzabschluss (EI₃₀-S_aC5)
- DS/S dicht- und selbstschließend (S_a C5)
- Sibe Sicherheitsbeleuchtung
- Brandmeldetelefon
- 1. Rettungsweg
- 2. Rettungsweg
- na nicht abschließbar
- P in Fluchtrichtung jederzeit durchgängig

REVISION A
BRANDSCHUTZKONZEPT
Brandschutzsanierung und
Fluchtwegbypass im OG
Hagmanngarten 5/ Gathergang 1
45259 Essen

UG (oberirdisches Geschoss)

M: 1:100 Stand: 11/2025

Brandschutz-Ingenieurwesen.de
Lange Str. 58 | 44137 Dortmund



LEGENDE

Hauptzugang Feuerwehr

Gebäudeeingang

notwendiger Treppenraum/
Vertikale Rettungswege

Nutzungseinheit - AWO
(ca. 191 m²)

Nutzungseinheit - Musikschule
(ca. 48 m²)

Nutzungseinheit - Büro

hochfeuerhemmend+M

widerstandsfähig gegen
zusätzliche mechanische
Beanspruchung

hochfeuerhemmend

feuerbeständig

Treppenraum: mit brandschutz-
technisch bemessener
baulicher Abtrennung,
erreichbare Geschosse,
mit Treppenraumbezeichnung

Treppe oder Treppenraum:
ohne brandschutztechnisch
bemessene bauliche Abtrennung,
erreichbare Geschosse

Rauch- und Wärmeabzugs-
einrichtung, Bedienstelle

Anleiterstelle

Aufstellfläche tragbare Leiter
2 m * 2 m

1. Rettungsweg

2. Rettungsweg

nicht abschließbar

in Fluchtrichtung
jederzeit durchgängig

dicht- und selbstschließend
(S_a C5)

Brandmeldetelefon

Sicherheitsbeleuchtung

REVISION A
BRANDSCHUTZKONZEPT

Brandschutzsanierung und
Fluchtwegbypass im OG
Hagmanngarten 5/ Gathergang 1
45259 Essen

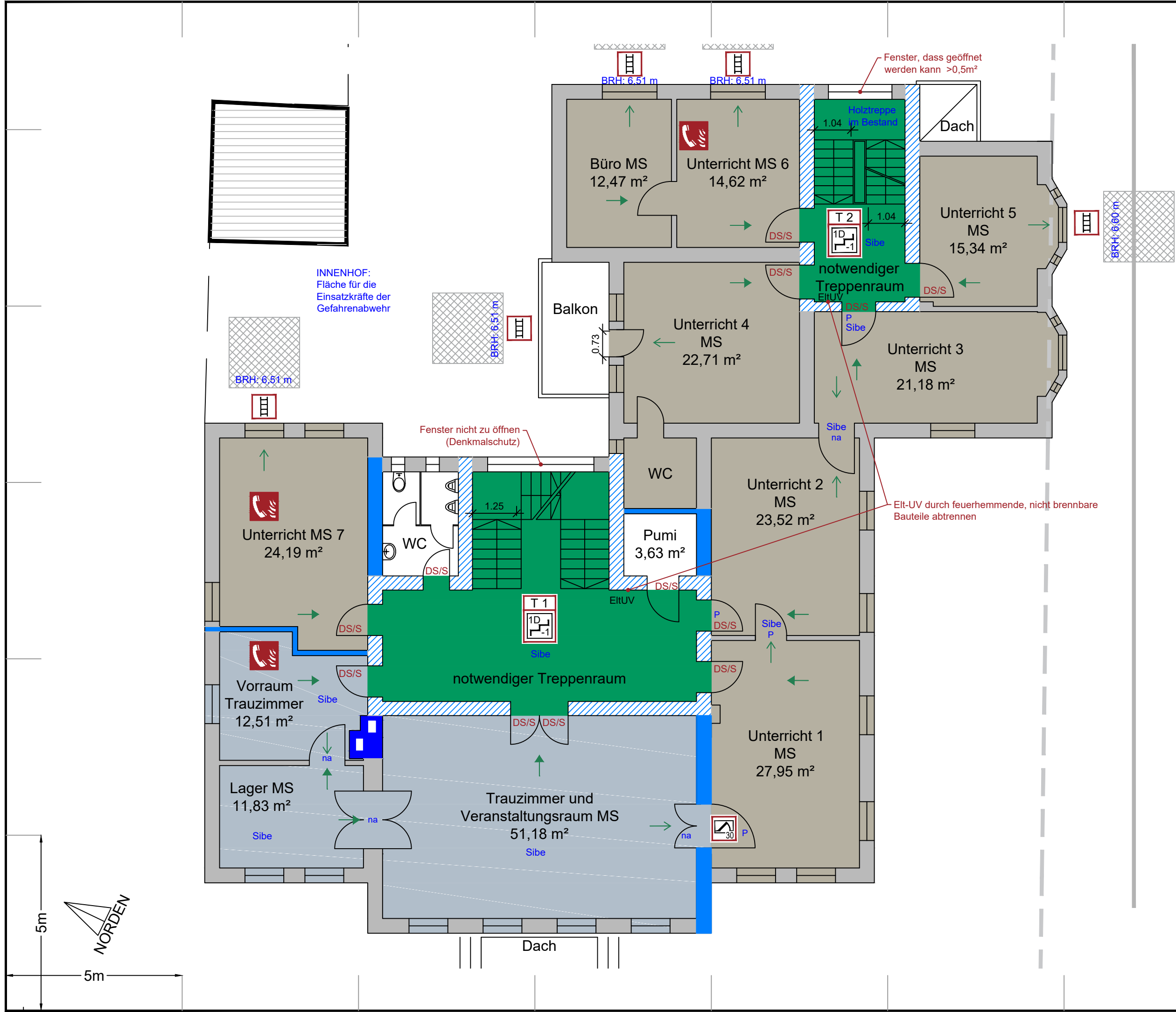
ERDGESCHOSS

M: 1:100

Stand: 11/2025

Lange Str. 58 | 44137 Dortmund

Nr.
3



LEGENDE

- notwendiger Treppenraum/
Vertikale Rettungswege
- notwendiger Flur/
Horizontale Rettungswege
- Nutzungseinheit
Musikschule (ca. 177 m²)
- Nutzungseinheit
Standesamt/ Musikschule
(ca. 90 m²)
- hochfeuerhemmend+M
- M
widerstandsfähig gegen
zusätzliche mechanische
Beanspruchung
- hochfeuerhemmend
- feuerbeständig
- T...
+5
-1
Treppenraum: mit brandschutz-
technisch bemessener
baulicher Abtrennung,
erreichbare Geschosse,
mit Treppenraumbezeichnung
- +5
-1
Treppe oder Treppenraum:
ohne brandschutztechnisch
bemessene bauliche Abtrennung,
erreichbare Geschosse
- DS/S
Öffnungsabschluss dicht- und
selbstschließend (S_a C5)
- Sibe
Sicherheitsbeleuchtung
- Anleiterstelle
- Aufstellfläche tragbare Leiter
2 m * 2 m
- 1. Rettungsweg
- 2. Rettungsweg
- na
nicht abschließbar
- P
in Fluchtrichtung
jederzeit durchgängig
- Brandmeldetelefon

Der Brandschutzplan ist kein
Ausführungsplan!
Der Text des Brandschutzkonzeptes ist
maßgebend.
Maße und Ausführungsdetails sind den
Architektenplänen zu entnehmen.

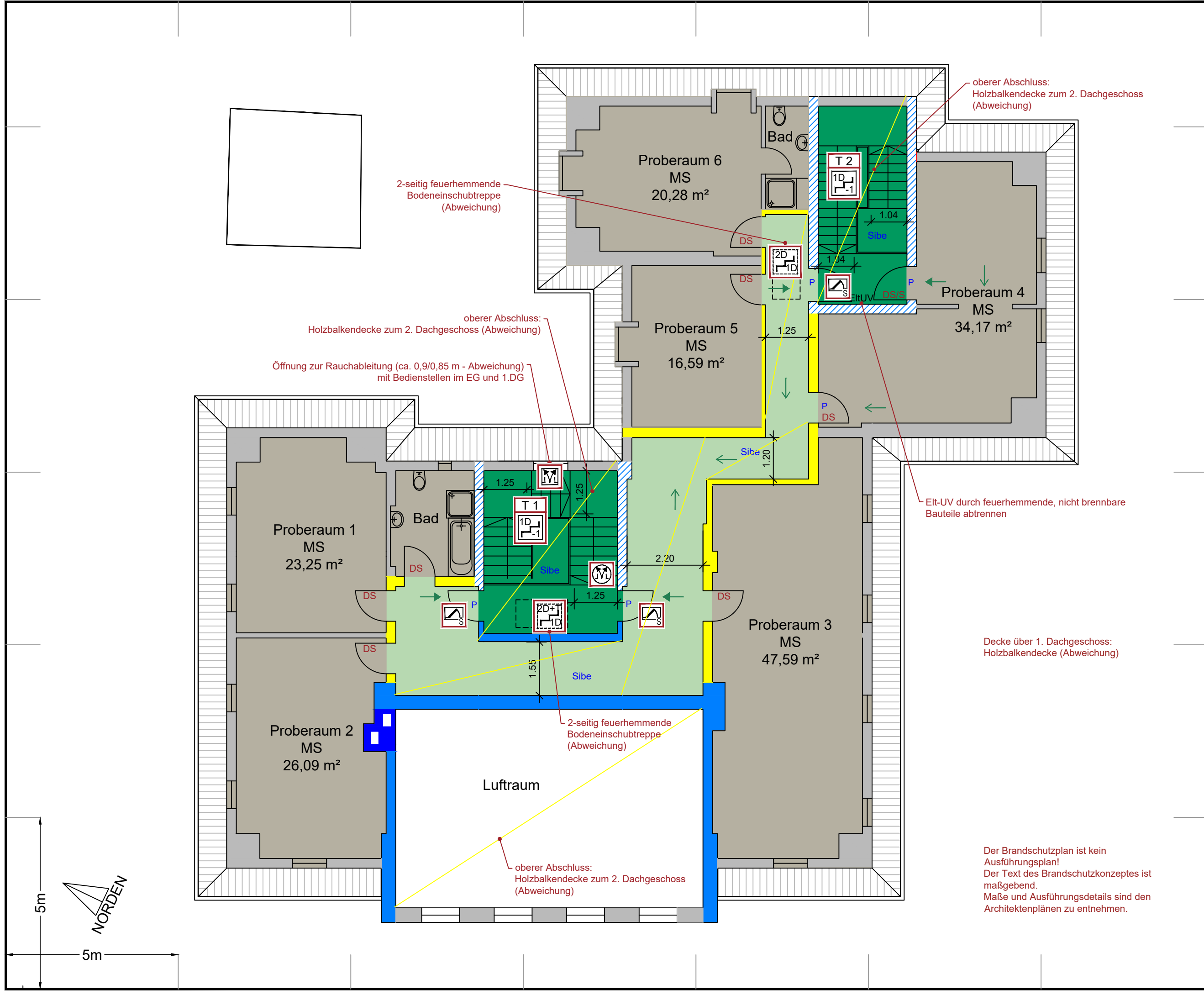
REVISION A
BRANDSCHUTZKONZEPT
Brandschutzsanierung und
Fluchtwegbypass im OG
Hagmanngarten 5/ Gathergang 1
45259 Essen

OBERGESCHOSS

M: 1:100 Stand: 11/2025

Brandschutz-Ingenieurwesen.de
Lange Str. 58 | 44137 Dortmund

Nr.
4



LEGENDE

- notwendiger Treppenraum/
Vertikale Rettungswege
- notwendiger Flur/
Horizontale Rettungswege
- Nutzungseinheit
Musikschule (ca. 177 m²)
- hochfeuerhemmend+M
widerstandsfähig gegen
zusätzliche mechanische
Beanspruchung
- hochfeuerhemmend
- feuerbeständig
feuerhemmend mit einer
Bekleidung aus nicht brennbaren
Baustoffen in ausreichender Dicke
([R]EI30 E-d2 + Bekleidung)
- Rauchschtür
S₂₀₀C5
- Öffnungsabschluss dicht- und
selbstschließend (S_a C5)
- Öffnungsabschluss
dichtschießend (S_a)
- Treppenraum: mit brandschutz-
technisch bemessener
baulicher Abtrennung,
erreichbare Geschosse,
mit Treppenraumbezeichnung
- Treppe oder Treppenraum:
ohne brandschutztechnisch
bemessene bauliche Abtrennung,
erreichbare Geschosse
- Rauch- und Wärmeabzugs-
einrichtung
- Bedienstelle
Öffnung zur Rauchableitung
- Sicherheitsbeleuchtung
- 1. Rettungsweg
- 2. Rettungsweg
- in Fluchrichtung
jederzeit durchgängig
- 1D/ 2D/ T 1.DG; 2.DG; T= Turm

REVISION A
BRANDSCHUTZKONZEPT
Brandschutzsanierung und
Fluchtwegbypass im OG
Hagmanngarten 5/ Gathergang 1
45259 Essen

1. DACHGESCHOSS

M: 1:100 Stand: 11/2025

Der Brandschutzplan ist kein
Ausführungsplan!
Der Text des Brandschutzkonzeptes ist
maßgebend.
Maße und Ausführungsdetails sind den
Architektenplänen zu entnehmen.

**10 – 21 Nr. 1 Grundsätze
für die Aufstellung von Raumprogrammen
für allgemein bildende Schulen und Förderschulen**
RdErl. d. Ministeriums für Schule und Weiterbildung v. 19. 10. 1995
(GABl. NW. I S. 229) *

Im Einvernehmen mit dem Innenministerium und dem Finanzministerium werden hiermit die nachstehenden Grundsätze für die Aufstellung von Raumprogrammen für allgemein bildende Schulen und Förderschulen erlassen. Sie sind die Grundlage für die Schulaufsicht insbesondere bei Entscheidungen in den Genehmigungsverfahren nach [§ 81 Schulgesetz](#) (SchulG – BASS 1 – 1) und bei der Beratung der nichtstaatlichen Schulträger in Schulbaufragen.

Die nichtstaatlichen Schulträger sollen diese Vorgaben beachten.

Sie sind für den Schulträger eine Orientierungshilfe. Der Schulträger kann von ihnen abweichen, soweit Besonderheiten im Einzelfall dies erforderlich machen und sich die Abweichungen im Rahmen gesetzlicher Bestimmungen halten.

1. Die Grundsätze für die Aufstellung von Raumprogrammen für allgemein bildende Schulen und Förderschulen gelten für die Grundschule und die Schulen der Sekundarstufe I mit einem Zusatz für die gymnasiale Oberstufe (Sekundarstufe II) sowie für die Förderschulen.
2. Als Flächenmaß werden Quadratmeter (m²) zugrunde gelegt. Die Flächen der Funktionsgruppen 1.1.2 und 3.0.1 sowie der Hauptgruppen 6 und 7 der Tabelle (siehe [Anlage](#)) sind in absoluten Größenangaben dargestellt. Zur Ermittlung der übrigen Raumgrößen ist ein Flächenfaktor zugrunde gelegt, der mit der Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der jeweiligen Lerngruppen zu multiplizieren ist. Bei der Planung von Um-, Erweiterungs- und Neubauten ist von der maximalen Gruppenstärke auszugehen, die sich in den nächsten zehn Jahren auf der Basis der Einwohnerprognose und der Schulentwicklungsplanung ergeben wird. Hierbei sind die zulässigen Klassenfrequenzhöchstwerte zu beachten.

Die Grundsätze für die Aufstellung von Raumprogrammen für allgemein bildende Schulen und Förderschulen beziehen sich nur auf die Räume, die zumindest im weiteren Sinne für den Unterricht bedeutsam sind. Die Gestaltung der Verwaltungsflächen und sonstiger Nebenflächen ist in das pflichtgemäße Ermessen des Schulträgers gestellt.

3. Der Raumbedarf für die Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen ist in der Tabelle ([Anlage](#)) ausgewiesen. Für andere Förderschwerpunkte ist der Raumbedarf in analoger Anwendung der Tabelle zu ermitteln. Behinderungsbedingter Mehrbedarf entsprechend den in der Verordnung über die sonderpädagogische Förderung, den Hausunterricht und die Schule für Kranke ([AO-SF – BASS 13 – 41 Nr. 2.1](#)) festgelegten Förderschwerpunkten entsteht bei den übrigen Förderschulen oder an allgemein bildenden Schulen, sofern dort gemeinsamer Unterricht für behinderte und nichtbehinderte Schülerinnen und Schüler stattfindet. Hierzu gehören zum Beispiel Therapie- und Gymnastikräume, Abstellflächen für Rollwagen, Sanitär- und Wickelräume, Räume zur Durchführung von Diagnosemaßnahmen.
4. Die Pausenfreifläche sollte 5 m² je Schülerin und Schüler nicht unterschreiten.

Dieser Runderlass tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Die Geltungsdauer der Grundsätze für die Aufstellung von Raumprogrammen für allgemein bildende Schulen und Förderschulen ist bis zum Ablauf des 31. Dezember 2010 befristet.

* Bereinigt. Eingearbeitet:
RdErl. v. 27. 11. 2000 (ABl. NRW. 1 S. 340); RdErl. v. 4. 10. 2005 (ABl. NRW. S. 411)

[Anlage s. folgende Seite]

**Grundsätze für die Aufstellung von Raumprogrammen
für allgemein bildende Schulen und Förderschulen**

	GS 1	GS 2	GS 3	GS 4	Sek. I 2	Sek. I 3	Sek. I 4	Sek. I 5	Sek. I 6	Sek. I 7	Sek. I 8	Sek. II 2	Sek. II 3	Sek. II 4	Sek. II 5	Sek. II 6	Sek. II 7	Sek. II 8	FFL 1	FFL 2
1.0.1 Unterrichtsraum (Anzahl der Räume/ m ² pro Schülerin oder Schüler)	4/ 2.5	8/ 2.5	12/ 2.5	16/ 2.5	12/ 2.0	18/ 2.0	24/ 2.0	30/ 2.0	36/ 2.0	42/ 2.0	48/ 2.0	6/ 2.25	9/ 2.25	12/ 2.25	15/ 2.25	18/ 2.25	21/ 2.25	24/ 2.25	8/ 3.0	16/ 3.0
1.0.2 Raum für neue Technologien/Selbst- lernzentrum					1/3.0	1/3.0	1/3.0	2/3.0	2/3.0	2/3.0	2/3.0	1/3.0	1/3.0	1/3.0	1/3.0	1/3.0	1/3.0	1/3.0	1/3.0	1/3.0
1.0.4 Mehrzweckraum	1/2.5	2/2.5	3/2.5	4/2.5															1/3.0	2/3.0
1.0.5 Gruppenraum																			8/2.0	16/2.0
1.1.1 Testraum																			1/3.0	2/3.0
1.1.2 Lehrmittelraum	30	35	40	50	60	60	60	80	80	100	100	20	20	30	30	35	35	40	30	45
2.0.1 Chemie-/großer naturwiss. Raum					1/3.0	1/3.0	1/3.0	2/3.0	2/3.0	2/3.0	2/3.0	2/3.0	3/3.0	4/3.0	5/3.0	6/3.0	7/3.0	8/3.0		
2.0.2 Naturwissenschaften					2/2.5	3/2.5	4/2.5	4/2.5	5/2.5	6/2.5	8/2.5								1/4.0	1/4.0
3.0.1 Hauswirtschaft*					150	150	150	150	150	150	150								150	150
4.0.1 Raum für Textiles Gestalten*					1/3.0	1/3.0	1/3.0	1/3.0	1/3.0	1/3.0	1/3.0								1/3.0	1/3.0
4.0.2 Technikraum*					2/3.0	2/3.0	2/3.0	2/3.0	2/3.0	2/3.0	2/3.0								1/3.0	2/3.0
4.0.3 Werkraum																			2/4.0	3/4.0
4.0.4 Kunstraum					1/2.5	1/2.5	1/2.5	2/2.5	2/2.5	2/2.5	2/2.5	1/2.5	1/2.5	1/2.5	1/2.5	1/2.5	2/2.5	2/2.5		
4.0.5 Musikraum					1/2.5	1/2.5	1/2.5	2/2.5	2/2.5	2/2.5	2/2.5	1/2.5	1/2.5	1/2.5	1/2.5	1/2.5	1/2.5	1/2.5		
4.0.6 Mehrzweckraum					1/2.5	1/2.5	1/2.5	1/2.5	2/2.5	3/2.5	3/2.5	1/2.5	1/2.5	1/2.5	2/2.5	2/2.5	2/2.5	2/2.5	1/3.0	1/3.0
5.0.1 Sporthalle	für je angefangene 10 Klassen eine Übungseinheit (15 m x 27 m)																			
5.0.2 Sportfreianlagen																				
6.1.1 Nebenräume**					220	330	440	550	660	770	880	70	105	140	175	210	245	280	70	140
6.1.2 Schüleraufenthaltsraum												40	48	56	64	72	80	80		
6.1.3 Forum	150	150	150	160	150	180	240	300	360	420	480	50	75	100	125	150	175	200	150	180
6.1.4 Biblio-/Mediothek					150	170	190	210	260	280	300	100	100	100	100	110	125	140		
7.1.1 Küche	An allgemein bildenden Schulen sollten die in dieser Gruppe genannten Räume bei einem Ganztagsbetrieb vorgehalten werden. Für die Räume 7.1.3 – 7.1.5 ist 1/3 m ² je Schülerin/Schüler vorzusehen. Ein Essplatz ist mit 2/3 m ² je Schülerin/Schüler anzusetzen.																			
7.1.2 Speiseraum																				
7.1.3 Spielraum																				
7.1.4 Musikraum																				
7.1.5 Aufenthaltsraum																				
Ganztagsbereich insgesamt	120	240	360	480	360	540	720	900	1080	1260	1440								300	400

* Bedarf ist im Einzelfall zu prüfen.

** Sammlungs- und Vorbereitungsräume, Nebenräume 2.– 4.

Abkürzungen:

GS 1 – GS 4: Grundschule 1- bis 4-zügig

Sek. I 2 – Sek. I 8: Schulen der Sekundarstufe I 2- bis 8-zügig

Sek. II 2 – Sek. II 8: Zusätzliches Raumprogramm für die Gymnasiale Oberstufe 2- bis 8-zügig

FFL 1/2: Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen 1- bis 2-zügig

Hauptgruppe 1: Allgemeiner Unterrichtsbereich

Hauptgruppe 2: Naturwissenschaftlicher Bereich

Hauptgruppe 3: Hauswirtschaftlicher Bereich

Hauptgruppe 4: Technisch-musischer Bereich

Hauptgruppe 5: Sportbereich

Hauptgruppe 6: Außerunterrichtlicher Bereich

Hauptgruppe 7: Ganztagsbereich

Abt. 6-2-1 Netzmanagement
Name: Ingo Brucks
Telefon: (0 201) 800-2730
Telefax: (0 201) 800-442730
ingo.brucks@stadtwerke-essen.de

Brandschutz-Ingenieurwesen Stenzel-Twinbear
Frau Angelika Stenzel-Twinbear
Lange Str. 58

44137 Dortmund

E-Mail: angelika.stenzel@web.de

24.03.2021

Gathering 1, 45259 Essen

Sehr geehrte Frau Stenzel-Twinbear,

für das oben genannte Objekt ist eine angemessene Löschwasserversorgung mit 96 m³/h gemäß dem DVGW-Arbeitsblatt W 405 aus dem vorhandenen Leitungsnetz der Stadtwerke Essen AG gewährleistet. Diese Löschwassermenge steht für eine Löschzeit von mindestens 2 Stunden zur Verfügung und bezieht sich auf den Grundsatz nach DVGW-Arbeitsblatt W 405 im Umkreis von 300 m.

Die Lage der Hydranten sowie die Nennweiten der zugehörigen Versorgungsleitungen entnehmen Sie bitte den beigefügten Bestandsplänen. Ob diese für die Erstellung des Brandschutzkonzeptes geeignet sind, ist vor Ort zu überprüfen.

Wenn darüber hinaus ein spezieller Objektschutz erforderlich ist, muss dieser mit der Feuerwehr Essen, Abteilung Vorbeugender Brandschutz/Löschwasser, Tel. 0201-1237-440, abgestimmt werden. Sollte dies der Fall sein, möchten wir Sie hiermit ausdrücklich darauf hinweisen, dass ein Trinkwasserhausanschluss ausschließlich auf Basis des Trinkwasserbedarfs gemäß DIN 1988-300 und nicht nach dem Bedarf des Objektschutzes dimensioniert und angeboten wird. Die Bereitstellung von Löschwasser für den Objektschutz aus dem Trinkwassernetz erfolgt nicht über die Leistungskapazität des Trinkwasserbedarfs hinaus.

Details hierzu können Sie auch gerne in unserem Hausanschluss-Kompetenz-Center unter nachfolgenden Rufnummern erfragen:

Herr Werner Bruns
Herr Roland Sperlich

(0 201) 800-1674
(0 201) 800-1687

Mit freundlichen Grüßen

Stadtwerke Essen AG

Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.